

LageriB

für das Bergwerksfeld: Bühne

Bodenschatz/Bodenschätze:

Kiese und Kiessande zur Herstellung von Betonzuschlagstoffen

Land:

Bezirk/Regierungsbezirk: Magdeburg

Koordinaten der Feldeseckpunkte		
Eckpunkte	R	H
1	44 56500	58 39540
2	44 56590	58 39650
3	44 57070	58 39790
4	44 57240	58 39110
5	44 56840	58 39120

Flächeninhalt des Feldes: 374 433 m²

Maßstab: 1 : 25 000

Angefertigt: Berlin, September 1990

durch: *V. Meyer*
von der Staatlichen Vorratskommission
bestimmter Vermessungsingenieur

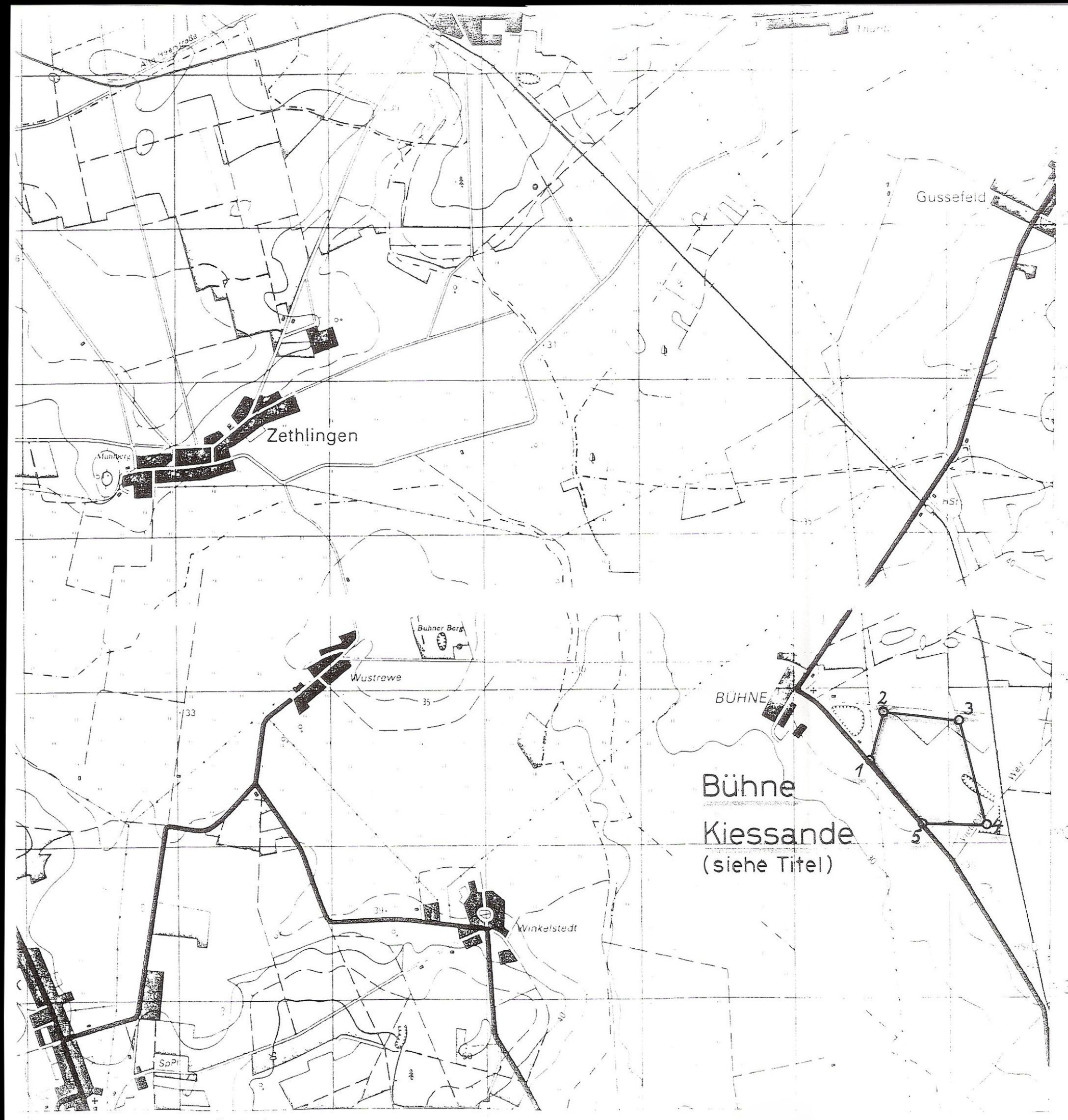
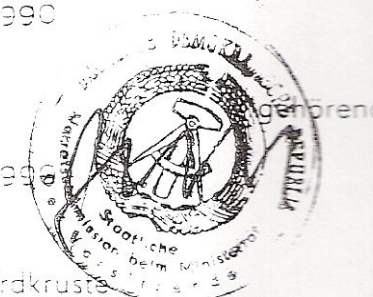
Zur Verleihung des Bergwerkseigentums

vom: 24. September 1990

Nr. 379/90/211

Berlin, 24. September 1990

Staatliche Vorratskommission
für nutzbare Ressourcen der Erdkruste



- Kopie -

Anlage 4



SACHSEN-ANHALT

Landesamt für
Geologie und BergwesenDezernat 14
Abteilung 1 - BergbauLandesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt
Postfach 156 • 06035 Halle / SaaleVDR Vermögensverwaltungs GmbH
Solinger Str. 4
40764 Langenfeld

**Genehmigung zur Veräußerung gemäß § 23 Abs. 2 Bundesberggesetz
(BBergG) des Bergwerkseigentums Nr.: III-A-f-378/90/211-"Bühne"
Antrag vom 25.08.2015 mit Vervollständigung der Unterlagen vom
26.10.2015**

Ihr Zeichen:

18.12.2015
14.22-34231-III-A-f-378/90/211-
22035/2015Frau Rappsilber
Durchwahl 0345/5212227

Nach Prüfung des o.g. Antrages ergeht durch das Landesamt für Geologie
und Bergwesen Sachsen – Anhalt (LAGB) folgende

Entscheidung:**1. Die Genehmigung zur Veräußerung des Bergwerkseigentums****Nr.: III-A-f-378/90/211****Feld "Bühne"**

verliehen auf den Bodenschatz:

*-Kiese und Kiessande zur Herstellung von
Betonzuschlagstoffen-*

an die Firma

**Steinfelder Kies- und Sand GmbH
Zur Sandgrube 1
39599 Steinfeld**

wird erteilt.

**2. Das Verfahren ist kostenpflichtig. Die Kosten trägt die VDR Vermö-
gensverwaltungs GmbH.**Köthener Str. 38
06118 Halle / Saale
Telefon (0345) 5212-0
Telefax (0345) 522 99 10E-Mail: poststelle
@lagb.mw.sachsen-anhalt.de
E-Mail-Adresse nur für formlose Mit-
teilungen ohne elektronische Signatur
Internet:
www.lagb.sachsen-anhalt.deLandeshauptkasse Sachsen-Anhalt
Deutsche Bundesbank
Fil. Magdeburg
BLZ 810 000 00
KTO 810 015 00IBAN DE 21 8100 0000 00 8100 1500
BIC MARKDEF1810

Bergamt Staßfurt



Bergamt Staßfurt ♦ Löbnitzer Weg 2 ♦ 39418 Staßfurt

GENEHMIGUNGSURKUNDE

Bergbauberechtigung
Nr. III - A - f - 378/90/211

Gemäß § 23 des BBergG¹ wird der

TREUHANDANSTALT BERLIN

auf der Grundlage des Vertrages vom 31.05.1994 (UR-Nr. 202/1994 - der Notarin Frau Dr. Jutta Hoffmann, Neue Roßstraße, 10179 Berlin) die rechtsgeschäftliche Veräußerung und der schuldrechtliche Vertrag für das

BERGWERKSEIGENTUM BÜHNE Nr. 378/90/211

für den Bodenschatz Kiese und Kiessande zur Herstellung von
Betonzuschlagstoffen

an die Firma **Kies- und Sandgewinnungsgesellschaft -
KSG Kalbe-Milde GmbH
Gartenstraße 13
39624 Kalbe/Milde**

genehmigt.

Staßfurt, 17.06.1994

Klamser



¹ Bundesberggesetz (BBergG) vom 13. 08. 1980 (BGBl. I S. 1310), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. 08. 1992 (BGBl. I S. 1564)

☎ & ☐: (Staßfurt) 03925 / 523090 & 223076 & 281329 & 280217

☎ & ☐: (Eibingerode) 039454 / 2519 & 2520

Postanschrift: Bergamt Staßfurt ♦ Postfach 11 ♦ 39401 Staßfurt

Hausanschrift: Bergamt Staßfurt ♦ Löbnitzer Weg 2 ♦ 39418 Staßfurt

Anschrift Außenstelle Eibingerode: Bergamt Staßfurt / Außenstelle Eibingerode ♦ Schnacht 'li ♦ 38875 Eibingerode

Bestätigungsurkunde



Bergbauberechtigung
Nr. III - A - f - 378/90/211

Gemäß Kapitel V Sachgebiet D Abschnitt III Nummer 1 Buchstabe d Absatz 3 der Anlage I zu Artikel 8 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 in Verbindung mit Artikel 1 des Einigungsvertragsgesetzes vom 23. September 1990 (Bundesgesetzblatt II S. 885) wird

d e r T r e u h a n d a n s t a l t

auf Grund ihres Antrages vom 28. 11. 1990 das Gewinnungsrecht

B Ü H N E

für den Bodenschatz

Kiese und Kiessande zur Herstellung von
 Betonzuschlagstoffen

als B e r g w e r k s e i g e n t u m im Sinne des § 151 des Bundesberggesetzes vom 13. August 1980 (Bundesgesetzblatt I S. 1310), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Februar 1990 (Bundesgesetzblatt I S. 215), bestätigt.

Die Berechtigung ist unbefristet.

Die Verleihungsurkunde und der Lageriß des Bergwerkseigentums sind Bestandteil dieser Bestätigung.

Staßfurt, den 26. April 1991


 Leiter des Bergamtes



Verleihungsurkunde

Nr. 378/90/211

Gemäß „Verordnung über die Verleihung von Bergwerkseigentum“ vom 15. 8. 1990 (GBl. I Nr. 53 S. 1071) wird der Treuhandanstalt auf Grund ihres Antrages vom 27. August 1990

das **Bergwerkseigentum**

B ü h n e

für im nachfolgend näher bezeichneten Bergwerksfeld vorkommende(n)
Bodenschatz/Bodenschätze

Kiese und Kiessande zur Herstellung von Betonzuschlagstoffen
verliehen.

Das Bergwerksfeld liegt in den Gemeinden **Bühne**

Es hat einen Flächeninhalt von **374 433 m²**
(in Worten: dreihundertvierundsiebzigtausend-
vierhundertdreißig **Quadratmeter**).

Die Begrenzung des Bergwerksfeldes ist auf dem beigefügten, entsprechend § 3 oben genannter Verordnung angefertigten Lageriß durch schwarze Volllinien und den dazugehörigen Eckpunkten mit den Zahlen 1, 2, 3, 4 und 5 gekennzeichnet.

Berlin, den 24. September 1990



Leiter der Staatlichen Vorratskommission
für nutzbare Ressourcen der Erdkruste
im Auftrage des Ministerrates vom 15. 8. 1990
(Beschluss Nr. 25/2/90)



1. Einführung

Frau Kirstenpfad führte in den Termin zunächst wie folgt ein:

Die Steinfelder Kies und Sand GmbH, im Folgenden mit Antragstellerin bezeichnet, sei Inhaberin des Bergwerkseigentums Bühne, Berechtsams-Nr. III-A-f-378/90/211, für die Gewinnung des Bodenschatzes Kiese und Kiessande zur Herstellung von Betonzuschlagstoffen. Das Bergwerkseigentum umfasse ein Fläche von $374.450 \text{ m}^2 = \text{ca. } 37,4 \text{ ha}$.

Die Antragstellerin sei seit dem 18.12.2015 Betreiberin des Kiessandtagebaus Bühne. Der bisherige Abbau im Trocken- und Nassschnitt erfolge auf Grundlage des verlängerten Hauptbetriebsplans aus dem Jahr 2009. Aufgrund der bereits erfolgten Flächeninanspruchnahme sei aktuell ein weiterer Abbau im Trockenschnitt innerhalb des zugelassenen Hauptbetriebsplans nicht mehr möglich. Der aktuelle Abbau erfolge ausschließlich im Nassschnitt auf Grundlage der wasserrechtlichen Plangenehmigung aus dem Jahr 1994 für die Herstellung eines Tageausees mit einer Fläche von insgesamt 6,4 ha.

Aktuell seien bereits ca. 18,8 ha im Trockenschnitt und ca. 3,8 ha im Nassschnitt (Stand 14.03.2018) bergbaulich in Anspruch genommen.

Mit dem aufzustellenden Rahmenbetriebsplan sei eine bergbauliche Gewinnung auf einer Gesamtfläche von 34,9 ha geplant.

Der gewinnbare Lagerstättenvorrat im Bergwerkseigentum Bühne betrage ca. 9,8 Mio. t.

Des Weiteren beabsichtige die Antragstellerin außerhalb des Bergwerkseigentums in drei unmittelbar angrenzenden Flächen (*Gesamtfläche außerhalb des Bergrechts = 3,02 ha*) den Abbau von ca. 165.000 t Kiessanden im Trockenschnitte. Diese Flächen unterlägen nicht dem Geltungsbereich des Bundesberggesetzes. Damit sei das LAGB für die erforderliche Genehmigung der geplanten Rohstoffgewinnung nicht zuständig. Die Zuständigkeit für das hierfür erforderliche Genehmigungsverfahren liege beim zuständigen Landkreis Altmarkkreis Salzwedel.

Entsprechend den Erkundungsergebnissen aus dem Jahr 1979 betrage die Mächtigkeit der Lagerstätte 4 m bis 6 m im Trockenschnitt und 10 m im Nassschnitt, lokal könnten im Nassschnitt Mächtigkeiten bis zu 22 m erreicht werden.

Die Kiessande weisen nach Angaben der Antragstellerin eine Rohdichte von $1,79 \text{ t/m}^3$ auf.

Die Gewinnung solle in der ersten Betriebsphase im Trockenschnitt und die Aufbereitung über eine mobile Siebanlage erfolgen. Anschließend sei die Errichtung einer Nassaufbereitungsanlage geplant.

Die Antragstellerin gehe zunächst von einer Fördermenge von 100.000 t/a aus. In Abhängigkeit von der Rohstoffnachfrage soll diese jährlich angepasst werden.

Frau Kirstenpfad machte diesbezüglich darauf aufmerksam, dass Änderungen der zugelassenen jährlichen Fördermenge einer Planänderung bedürfen. Die in den Betrachtungen der möglichen Vorhabensauswirkungen im Umweltbericht zugrunde gelegte jährliche Fördermenge stelle die maximal zulässige jährliche Fördermenge dar.

Daraus ergebe sich für den Tagebau eine theoretisch erwartete Lebensdauer von ca. 100 Jahren.



Im Zuge der Erweiterung der bisherigen Abbaufäche innerhalb der geplanten Rahmenbetriebsplanfläche für Trocken- und Nassschnitt sei im nordöstlichen Bereich eine Waldumwandlung von ca. 4 ha Kiefernforst geplant.

Nach derzeitigem Planungsstand sei im Anschluss an die bergbauliche Gewinnung im Bereich des Nassschnitts die Herstellung eines Stillgewässers geplant. Die derzeitigen Planungen sähen noch zwei Varianten mit einer verbleibenden Gewässergröße von ca. 16 ha bzw. ca. 14 ha vor.

Der Trockenabbaubereich solle stufenweise der natürlichen Sukzession überlassen werden.

Innerhalb des Bergwerkeigentums befinde sich seit 2001 zudem eine seitens des Landkreises genehmigte Bauschuttrecyclinganlage in einem bisher bergbaulich unverritzten Bereich. Perspektivisch sei nach erfolgter Trockenaus Kiesung eine Verlagerung des Standortes der Bauschuttrecyclinganlage in den bisher als Acker genutzten östlichen Bereich des Abbaufeldes geplant.

Mit Schreiben vom 14.08.2018 habe die Antragstellerin dem LAGB für die Durchführung einer Besprechung zur Abstimmung von Untersuchungsrahmen, Untersuchungsgegenstand und Untersuchungsmethoden (Scopingtermin) gemäß § 15 Abs. 3 UVPG eine Tischvorlage für das bergbauliche Vorhaben Kiessandtagebau Bühne vorgelegt.

Für ein bergrechtliches Vorhaben sei gemäß § 52 Abs. 2a Satz 1 Bundesberggesetz (BBergG) die Aufstellung eines Rahmenbetriebsplans zu verlangen und für dessen Zulassung ein Planfeststellungsverfahren nach Maßgabe der §§ 57a und 57b BBergG durchzuführen, wenn ein Vorhaben nach § 57c BBergG i. V. m. den Vorschriften des Teils 2 Abschnitt 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) bedürfe.

Dies sei vorliegend der Fall; hierzu wurde auf § 1 Nr. 1 Buchstabe b), Doppelbuchstaben aa) und bb) der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben (UVP-V Bergbau) verwiesen (Notwendigkeit der UVP, da die Größe der beanspruchten Abbaufäche die Grenze von 25 ha überschreitet und in Folge des geplanten Nassabbaus die Notwendigkeit einer nicht lediglich unbedeutenden und nicht nur vorübergehenden Herstellung eines Gewässers bestehe).

Das LAGB sei nach § 142 Abs. 1 BBergG i. V. m. dem Erlass „Zuständigkeiten der Behörden nachdem Bundesberggesetz im Land Sachsen-Anhalt“ des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr vom 12.03.1991 und dem Beschluss der Landesregierung vom 27.11.2001 über die Verschmelzung der Bergämter Halle und Staßfurt und des Geologischen Landesamtes Sachsen-Anhalt die zuständige Behörde für die Durchführung von Planfeststellungsverfahren nach § 52 Abs. 2a BBergG und §§ 57a und 57b BBergG.

Entsprechend § 52 Abs. 2a BBergG sei das LAGB als zuständige Genehmigungsbehörde verpflichtet, für ein bergbauliches Vorhaben, das nach § 57c BBergG einer Umweltverträglichkeitsprüfung bedürfe, die Aufstellung eines Rahmenbetriebsplans zu verlangen und für dessen Zulassung ein bergrechtliches Planfeststellungsverfahren mit Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen. Mit der Entscheidung vom 02.07.2018 (Az.: 33.16-05120-5097-12840/2018) habe das LAGB gemäß § 52 Abs. 2a Satz 1 BBergG gegenüber der Antragstellerin das Verlangen nach Aufstellung eines Rahmenbetriebsplans ausgesprochen.

Gemäß § 52 Abs. 2a BBergG führte das LAGB am 14.11.2018 auf der Grundlage der von der Antragstellerin mit Schreiben vom 14.08.2018 vorgelegten Tischvorlage vom 26.07.2018 und den

dazu eingeholten Stellungnahmen der Behörden, der im Land Sachsen-Anhalt anerkannten Naturschutzvereinigungen und den sonstigen Träger öffentlicher Belange in Vorbereitung des Planfeststellungsverfahrens eine Besprechung zur Abstimmung des Untersuchungsrahmens gemäß § 15 Abs. 3 UVPG (Scopingtermin) durch, die sich auf Gegenstand, Umfang und Methoden der UVP erstrecken soll. Dieser diene der Unterrichtung und Beratung der Antragstellerin im Hinblick auf Inhalt, Umfang und Detailtiefe der voraussichtlich in den UVP-Bericht aufzunehmenden Angaben, welche durch die Vorhabenträgerin beizubringen seien und der Abstimmung zu den im bergrechtlichen Planfeststellungsverfahren zu konzentrierenden Genehmigungen. Der Scopingtermin diene ferner der Feststellung des Umfangs der Antragsunterlagen für das Planfeststellungsverfahren. Die für die UVP bedeutsamen Angaben im Sinne § 57a Abs. 2 Satz 2 und Satz 3 BBergG i. V. m. § 2 UVP-V Bergbau seien durch die Vorhabenträgerin beizubringen. Die Mindestanforderungen an die Angaben im UVP-Bericht (ehemals UVS) richteten sich nach § 16 Abs. 1 UVPG. Soweit es für das Vorhaben von Bedeutung sei, müsse der UVP-Bericht auch die in Anhang 4 zum UVPG genannten weiteren Angaben enthalten (§ 16 Abs. 3 UVPG). Sie seien durch den Träger des Vorhabens beizubringen.

Die Anforderungen eines vorsorgenden Umweltschutzes, die sich bei der UVP ergeben und über die Zulassungsvoraussetzungen des § 55 BBergG sowie der auf das Vorhaben anwendbaren Vorschriften in anderen Gesetzen hinausgehen, seien nach § 52 Abs. 2a Satz 3 BBergG als öffentliche Interessen im Sinne des § 48 Abs. 2 BBergG entscheidungsrelevant. Die bergrechtliche Planfeststellung schließt andere Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen und Planfeststellungen ein. Die materiell rechtlichen Genehmigungsbedingungen aus diesen Gesetzen für die Zulassung eines Rahmenbetriebsplanes seien für den Umfang der Antragsunterlagen ausschlaggebend (§ 57a Abs. 4 BBergG).

Der Vorhabenträgerin solle im Ergebnis des Scopingtermins mitgeteilt werden, welche entscheidungserheblichen Daten sie beizubringen habe. Weiterhin diene der Scopingtermin der Vorhabenträgerin dazu, Informationen darüber zu erhalten, bei welchen Ämtern und Behörden ggf. vorhandene Untersuchungsergebnisse nach § 57a Abs. 3 BBergG durch die Vorhabenträgerin abgefordert werden können. Bei dem im Scopingtermin festgelegten Untersuchungsgegenstand, dem Untersuchungsumfang und den Untersuchungsmethoden handele es sich jedoch um eine vorläufige Festlegung, die gegebenenfalls im Verlauf des Verfahrens verändert werden könne. Die Entscheidung darüber treffe letztendlich das LAGB als Planfeststellungsbehörde. Grundsätzlich sei für die Erstellung des UVP-Berichts nunmehr § 16 UVPG i. V. m. Anlage 4 UVPG verbindlicher Mindeststandard.

2. Erörterung von Gegenstand, Umfang und Methode der Umweltverträglichkeitsprüfung

2.1 Allgemeines und vorliegende Stellungnahmen

Frau Kirstenpfad leitete sodann zum antragsgegenständlichen Vorhaben wie folgt über:

Im Scopingtermin (§ 15 Abs. 3 UVPG) würden den zu beteiligenden Behörden und Naturschutzverbänden die geplanten Maßnahmen vorgestellt und mit Ihnen erörtert. Diese hätten dann die Möglichkeit, sich mittels Hinweisen und Forderungen einzubringen. Der Termin diene somit der gegenseitigen Information des Trägers des Vorhabens einerseits und der Behörden und Verbände andererseits. Der endgültige Umfang des Untersuchungsraumes und der beizubringenden Unterlagen werde dann von der Planfeststellungsbehörde festgelegt. Die Vorhabenträgerin müsse

darauffin die noch notwendigen Untersuchungen durchführen und die erforderlichen Unterlagen zusammenstellen. Diese seien Bestandteil des Antrags zur Durchführung des Planfeststellungsverfahrens.

Die im Auftrag des Unternehmens erarbeitete Tischvorlage vom 26.07.2018 sei in Vorbereitung des Scopingtermins den Ämtern und Behörden, deren Aufgabenbereiche im Sinne des § 17 UVPG betroffen seien, den Gebietskörperschaften, den 13 im Land Sachsen-Anhalt anerkannten Naturschutzvereinigungen und sonstigen Trägern öffentlicher Belange übersandt und Gelegenheit gegeben worden, sich mit Hinweisen und gegebenenfalls auch Änderungen zum Untersuchungsgegenstand, zum Untersuchungsumfang und zu den Untersuchungsmethoden der Umweltverträglichkeitsuntersuchung (UVU) sowie sonstigen entscheidungserheblichen Fragen zu äußern.

Folgende Behörden und Gebietskörperschaften hatten sich zur Beratungsvorlage schriftlich geäußert:

- Landesstraßenbaubehörde, Regionalbereich Nord vom 10.09.2018 (Az.: 18123/2018),
- Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie vom 11.09.2018 (Az.: 18465/2018),
- Unterhaltungsverband „Milde/Biese“ vom 18.09.2018 (Az.: 18852/2018),
- Landesanglerverband Sachsen-Anhalt vom 25.09.2018 (Az.: 19248/2018),
- Avacon Netz GmbH vom 25.09.2018 (Az.: 19249/2018) und 20.09.2018 (Az.: 19723/2018),
- Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Altmark vom 02.10.2018 (Az.: 19975/2018),
- Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft, Geschäftsbereich Betrieb und Unterhaltung, Flussbereich Osterburg vom 15.10.2018 (Az.: 20701/2018),
- Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt, Referat 409 vom 23.10.2018 (Az.: 21410/2018),
- Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr vom 30.10.2018 (Az.: 22479/2018),
- Altmarkkreis Salzwedel vom 14.11.2018 (Az.: 22726/2018),
- Landesverwaltungsamt, Referat 407 vom 08.11.2018 (Az.: 22841/2018) und
- Stadt Kalbe vom 13.11.2018 (Az.: 22860/2018).

Der Vorhabenträgerin wurden diese Stellungnahmen in Kopie zur Kenntnis und Berücksichtigung im weiteren Verfahren übergeben.

Die am Scopingtermin teilnehmenden Stellen und Personen sind der als Anlage 1 beigefügten Teilnehmerliste zu entnehmen.

Neben Vertretern der Vorhabenträgerin, des LAGB und des Planungsbüros IHU Geologie und Analytik – Gesellschaft für Ingenieur-, Hydro- und Umweltgeologie mbH, Stendal nahmen keine Vertreter anderer Behörden, im Land Sachsen-Anhalt anerkannter Naturschutzvereinigungen und sonstiger Träger öffentlicher Belange am Scopingtermin teil.

Ihre Teilnahme am Scopingtermin hatten bereits im Vorfeld mit Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme abgesagt die Stadt Kalbe/Milde, der Landesanglerverband Sachsen-Anhalt, die unter-

re Naturschutzbehörde des Altmarkkreises Salzwedel, der Unterhaltungsverband „Milde/Biese“ und die Landesstraßenbaubehörde, Regionalbereich Nord.

Die Vorstellung der Vorhabenträgerin und des Vorhabens erfolgten durch den Geschäftsführer der Steinfeld Kies & Sand GmbH Herrn Wilke sowie durch die Vertreter des beauftragten Planungsbüros, Herrn Stiller. Hinsichtlich der Einzelheiten wurde auf die bereits zum Scopingtermin vorliegende Tischvorlage vom 26.07.2018 verwiesen.

Herr Stiller wies zudem in seinen Ausführungen darauf hin, dass aufgrund der räumlichen Nähe und des unmittelbaren Zusammenhangs in den Antragsunterlagen für das bergrechtliche Planfeststellungsverfahren gleichfalls die Flächen der erforderlichen naturschutzrechtlichen Genehmigung durch den Landkreis mit dargestellt und berücksichtigt würden. Mit der Betrachtung des Gesamtvorhabens solle eine größere Transparenz hinsichtlich aller möglichen Vorhabensauswirkungen erzielt werden.

1. Festlegung:

In der Antragsunterlage sind die räumlichen Zuständigkeiten im Hinblick auf das angestrebte Genehmigungsverfahren klar zu trennen. Dabei sind gleichfalls die vorhabensbedingten Eingriffe sowie die erforderlichen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen den jeweiligen Zuständigkeiten/Genemigungsverfahren zuzuordnen und getrennt voneinander zu bilanzieren.

Im Folgenden wurden die Hinweise und Bedenken aus den eingegangenen Stellungnahmen schutzgutbezogen behandelt.

2.2 Belange der Raumordnung

Die Vertreterin des LAGB, Abt. 2 – Lagerstättengeologie, Frau Balzer, machte darauf aufmerksam, dass in der Tabelle 2 auf Seite 8 ein Koordinatenpunkt (zwischen Pkt.11 und 12) fehle. Des Weiteren sei auch für die drei geplanten Teilflächen die Angabe von Eckpunktkoordinaten wünschenswert. Die Angaben im Text (S. 11, S. 13) zum geplanten Abbau in den drei Teilflächen stimmten nicht mit der Darstellung in der Anlage 1 überein. Laut Anlage 1 sei im Teilfeld 3 sowohl Trocken- als auch Nassschnitt vorgesehen. Für die Teilfelder 1 und 2 sei kein Abbau dargestellt. Im Text hingegen werde für alle 3 Teilfelder ein Trockenabbau beschrieben. In der Anlage 1 seien zwei Varianten für den Nassschnitt im Nordosten vorgesehen. Dazu seien jedoch keine Erläuterungen oder Begründungen im Text vorhanden. Die Vorratsberechnung auf Seite 13 der Tischvorlage vom Ingenieurbüro geoscop vom Juli 2014 liege im LAGB nicht vor. Die Vorratsangaben könnten somit nicht geprüft bzw. nachvollzogen werden.

Im Hinblick auf die geologische Situation der Lagerstätte führte Frau Balzer aus, dass die lagerstättengeologischen Verhältnisse der Lagerstätte Bühne in den Grundzügen geklärt und bekannt seien. Sie beruhten im Wesentlichen auf der im Jahr 1979 durchgeführten geologischen Erkundung mit insgesamt 14 Bohrungen. Hiernach seien lagerstättenbildend saalezeitliche Schmelzwassersande und -kiese mit einer Mächtigkeit zwischen 3 m und bis zu 30 m. Genetisch bedingt könne die qualitative Ausbildung des Rohstoffkörpers sowohl horizontal, als auch vertikal stark schwanken. Die Gewinnung der Kiessande solle im Trocken- und Nassschnittverfahren erfolgen, wobei der größere Teil der Lagerstätte unterhalb des Grundwasserspiegels liege. Die Lagerstätte weise im unteren Bereich des Rohstoffkörpers organische Bestandteile (kohlige Verunreinigung) auf. Die in diesen Bereichen gewonnenen Rohstoffe bedürfen einer entsprechenden Aufberei-

tung. Die Antragstellerin sollte daher prüfen in welchem Umfang eine Aufbereitung der gewonnenen Rohstoff erforderlich und inwieweit der erforderliche Aufbereitungsumfang wirtschaftlich vertretbar ist. Die durchschnittliche Mächtigkeit der Kiessande im Nassschnitt würde sich dadurch auf rund 16 m erhöhen.

Frau Balzer machte darauf aufmerksam, dass die Mächtigkeit der Lagerstätte von Norden nach Süden deutlich abnehme. Im Bereich der Bohrung 6 und von Pegel 2 sei eine Geschiebemergelauftragung nachgewiesen. In diesem Bereich sei nur noch eine durchschnittliche Rohstoffmächtigkeit von ca. 3 m zu erwarten. Außerdem sei im Südosten laut Kenntnisstand (Bohrungen 10, 12 und 13) mit einer Zunahme des Abraumes bis zu 5 m zu rechnen.

Die von der Antragstellerin vorgeschlagene Veränderung der Lagerstättenkonfiguration durch eine Orientierung der Abbauplanung an die Flurstücksgrenzen führe zu Gewinnungsverlusten von mindestens 580.000 t geologischer Vorräte in den 2 Teilflächen im Osten der Lagerstätte (ca. 2 ha lt. Anlage 1). Die im Gegenzug dafür geplanten drei Teilflächen außerhalb des BWE (ca. 3 ha), deren Abbau nach Naturschutzrecht beantragt werden solle, beinhalten laut Antragstellerin lediglich 165.000 t geologische Vorräte (dabei wurde die lt. Erkundungsergebnissen erhöhte Abraummächtigkeit wegen organischer Bestandteile nicht berücksichtigt).

Die Abgrenzung des Nassschnittbereiches im Nordwesten sei aus lagerstättenkundlicher Sicht nicht nachvollziehbar. Die Bohrungen 1 und 5 wiesen im Nassschnittbereich Mächtigkeiten zwischen 6,5 m und 9,5 m auf bzw. mehr als 20 m, wenn eine Aufbereitung der organisch verunreinigten Partien wirtschaftlich möglich sei. Die geplante Abbauführung stelle somit keine optimale Nutzung der Lagerstätte dar. Der sich an den Flurstücksgrenzen orientierende Abbauverzicht führe hinsichtlich der mit der Rohstoffgewinnung einhergehenden Flächeninanspruchnahme zu einem ungünstigen Verhältnis von Flächeninanspruchnahme zur Menge der gewinnbaren Rohstoffe. Die Gesamtfläche des Bergwerkeigentums sei im Regionalen Entwicklungsplan der Planungsregion Altmark als Vorranggebiet für die Rohstoffgewinnung eingestuft und solle daher auch optimal genutzt werden. Dies treffe für die 3 Teilflächen außerhalb des Bergwerkeigentums aufgrund der in diesen Bereichen geringeren Rohstoffmächtigkeit nicht zu.

Aufgrund der o. a. Sachverhalte regte Frau Balzer eine Optimierung der bisherigen Abbauplanung an. Die Antragstellerin solle die Abbauplanung im Sinne des § 1 BBergG nochmal überprüfen und entsprechend begründen.

Herr Wilke, als Geschäftsführer der Antragstellerin, führte diesbezüglich aus, dass nach Möglichkeit eine vollständige Ausbeutung der Lagerstätte angestrebt werde. Für den Betrieb des Schwimmbaggers liege aktuell eine Genehmigung für den Rohstoffabbau bis zu einer Tiefe von 22 m vor. Die derzeitige Abbautiefe betrage ca. 17 m bis 18 m. Die gewonnenen Rohstoffe waren bisher nicht zertifiziert und wurden überwiegend lokal vermarktet. Die Antragstellerin strebe jedoch die Erschließung neuer Märkte an. Dafür werde die Zertifizierung der einzelnen Kornfraktionen angestrebt. Mit der derzeitigen Aufbereitung und der Kieswäsche konnten bisher gute Ergebnisse erzielt werden.

Frau Kirstenpfad verlas die zur Raumordnung eingegangenen Stellungnahmen.

So stimmte die Stadt Kalbe/Milde ihrer Stellungnahme vom 13.11.2018 dem Vorhaben zu.

Das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr Sachsen-Anhalt machte in seiner Stellungnahme 30.10.2018 darauf aufmerksam, dass das geplante Vorhaben raumbedeutsam sei. Von der Durchführung eines Raumordnungsverfahrens nach § 15 Abs. 1 Satz 4 ROG könne jedoch abgesehen werden, wenn sichergestellt werde, dass die Raumverträglichkeit des Vorhabens im Rahmen des Genehmigungsverfahrens geprüft werde. Die Abbaustätte Bühne sei durch die Festlegung des Vorranggebiets für Rohstoffgewinnung für Kiese und Sande „Bühne“, Nr. IV im Regionalen Entwicklungsplan Altmark 2005 (REP Altmark) als regionalbedeutsamen Standort gesichert. Das Ministerium kam zu dem Ergebnis, dass für das raumbedeutsame Vorhaben eine landesplanerische Abstimmung gemäß § 13 Abs. 2 LEntwG LSA in Form einer landesplanerischen Stellungnahme zu führen sei. Die Durchführung eines Raumordnungsverfahrens sei nicht geboten. Die Regionale Planungsgemeinschaft Altmark sei in die Aufstellung des Rahmenbetriebsplans einzubeziehen. Die im Weiteren seitens des Ministeriums zu den Belangen der Raumordnung gegebenen Hinweise seien der vorliegenden Stellungnahme zu entnehmen.

2. Festlegung:

Bei der Abbauplanung ist eine optimale Ausnutzung der Lagerstätte anzustreben. Die vorgelegte Abbauplanung ist im Sinne des § 1 BBergG nochmal zu überprüfen und in der Antragsunterlage entsprechend zu begründen.

3. Festlegung:

Bei dem geplanten Vorhaben handelt es sich um ein raumbedeutsames Vorhaben. Die landesplanerische Abstimmung ist gemäß § 13 Abs. 2 LEntwG LSA in Form einer landesplanerischen Stellungnahme zu führen.

4. Festlegung:

Die Regionale Planungsgemeinschaft Altmark ist in die Aufstellung des Rahmenbetriebsplans einzubeziehen.

5. Festlegung:

Die seitens des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr Sachsen-Anhalt in der Stellungnahme vom 20.10.2018 gegebenen Hinweise sind bei der Aufstellung des Rahmenbetriebsplans zu berücksichtigen.

2.3 Schutzgut Menschen einschließlich menschliche Gesundheit

Die Verhandlungsleiterin stellte fest, dass zum Schutzgut Mensch einschließlich menschlicher Gesundheit in den vorliegenden Stellungnahmen keine weiterführenden Forderungen erhoben wurden. Der in der Tischvorlage vorgeschlagene Untersuchungsraum wurden als ausreichend angesehen.

6. Festlegung:

Der vorgeschlagene Untersuchungsraum zum Schutzgut Mensch einschließlich menschlicher Gesundheit ist ausreichend.

2.4 Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Einleitend verlass Frau Kirstenpfad die zum Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt vorliegenden Stellungnahmen.



So stellte das Landesverwaltungsamt, Referat 409 – Agrarwirtschaft, Ländliche Räume, Fischerei, Forst- und Jagdhoheit fest, dass mit dem Abbau innerhalb der geplanten Rahmenbetriebsplanfläche die Inanspruchnahme von Waldflächen entsprechend § 2 Landeswaldgesetz Sachsen-Anhalt (LWaldG LSA) verbunden sei. Für die Inanspruchnahme dieser Flächen seien nach § 8 LWaldG LSA Erstaufforstungen in einem Flächenumfang, der mindestens der umzuwandelnden Fläche entspreche, zu leisten. Die unter Forstbehörde des Altmarkkreises Salzwedel sei daher in die Planungen einzubeziehen.

Der Altmarkkreis Salzwedel teilte in seiner Stellungnahme vom 06.11.2018 mit, dass die Scoping-Unterlagen im Vorfeld mit der IHU abgestimmt wurde und es mittlerweile einen Vor-Ort-Termin mit der IHU zu weiteren Festlegungen gab.

Herr Kießling machte darauf aufmerksam, dass die Inhalte der mit dem Altmarkkreis Salzwedel erfolgten Abstimmungen in der vorliegenden Stellungnahme nicht aufgeführt würden. Dem LAGB, als verfahrensführende Behörde, sei daher ein Protokoll über die Inhalte der erfolgten Abstimmungen zu übergeben.

Die obere Naturschutzbehörde gab in ihrer Stellungnahme vom 08.11.2018 eine Reihe von Hinweisen zu den erforderlichen natur- und artenschutzrechtlichen Untersuchungen und Kartierungen. Da keine Teilnahme von Vertretern der oberen Naturschutzbehörde am Scopingtermin erfolgte, empfahl die Verhandlungsleiterin der Antragstellerin, den konkret erforderlichen Untersuchungsumfang mit der oberen Naturschutzbehörde abzustimmen und dem LAGB über den abgestimmten Untersuchungsumfang ein Protokoll zukommen zu lassen.

7. Festlegung:

Für die Inanspruchnahme von Waldflächen sind Erstaufforstungen, die mindestens der umzuwandelnden Fläche entsprechen, zu leisten.

8. Festlegung:

Der konkrete Umfang der erforderlichen Erstaufforstungen ist mit der unteren Forstbehörde des Altmarkkreises Salzwedel abzustimmen. Diese ist in die Aufstellung des Rahmenbetriebsplans einzubeziehen.

9. Festlegung:

Über die im Rahmen der erfolgten Abstimmungen der Antragstellerin bzw. des Planungsbüros mit dem Altmarkkreis Salzwedel abgestimmten Inhalte und Festlegungen ist dem LAGB, als verfahrensführende Behörde, ein Protokoll zu übergeben.

10. Festlegung:

Der konkrete Untersuchungsraum und -umfang zum Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt ist mit der unteren und oberen Naturschutzbehörde abzustimmen. In Abstimmung mit den Naturschutzbehörden ist zu klären, in welchen Umfang Kartierungen erforderlich sind.

11. Festlegung:

Dem LAGB ist ein Protokoll über die im Rahmen der Abstimmungen vereinbarten Festlegungen vorzulegen.

2.5 Schutzgut Boden / Fläche (Flächenverbrauch)

Einleitend verlas die Verhandlungsleiterin die zum Schutzgut Boden/Fläche vorliegende Stellungnahme des Amtes für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Altmark vom 02.10.2018.

Das Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Altmark machte in seiner Stellungnahme darauf aufmerksam, dass aus landwirtschaftlicher Sicht bei dem geplanten Vorhaben vor allem die Schutzgüter Boden (Entzug, Zerschneidung, Entstehung von Restflächen, Nutzungsbeschränkung), Wasser (Verfügbarkeit, Nährstoffeintrag, mögliche Vernässung usw.) sowie Mensch (Landwirtschaft als Erwerbsquelle, ggf. Entstehung von Existenzgefährdungen) und deren Wechselwirkungen betroffen seien. Im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung sollten nach Einschätzung des Amtes für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Altmark folgende Aspekte dargestellt werden:

- Umfang des zeitweiligen und dauerhaften Flächenentzugs (ggf. Existenzgefährdung)
- Auswirkungen des Vorhabens durch die Zerschneidung von Bewirtschaftungseinheiten (Bewirtschaftungerschwernisse)
- Entstehung von Rest-, Splitter- und Keifflächen
- Entstehung von Nutzungsbeschränkungen auf den landwirtschaftlichen Flächen
- Auswirkungen des Abbaus auf angrenzende Landwirtschaftsflächen, durch Veränderung der hydrologischen Verhältnisse

Im Weiteren wies das Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Altmark darauf hin, dass bei der Erarbeitung der Planfeststellungsunterlagen darauf zu achten sei, dass landwirtschaftlich genutzter Boden nur in begründeten Ausnahmefällen der Nutzung entzogen werden dürfe (§ 15 LwG LSA). Der Entzug sei daher auf das notwendige Maß zu begrenzen und zu begründen. Ausgleich- und Ersatzmaßnahmen seien ohne die Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen zu planen und bei Erfordernis der Inanspruchnahme so zu gestalten, dass keine Bewirtschaftungseinheiten zerschnitten werden. Darüber hinaus seien die einzelbetrieblichen Betroffenheiten der Landwirtschaftsbetriebe zu ermitteln (Existenzgefährdungsanalyse und ggf. Bereitstellung von Ersatzflächen) und die Erreichbarkeit der landwirtschaftlichen Flächen im Rahmenbetriebsplan darzustellen.

Ergänzend machte Herr Dr. Helbig darauf aufmerksam, dass auch aus bodenkundlicher Sicht eine Minimierung des Boden-/Flächenverbrauchs anzustreben sei. Die bestehende Abbauplanung sei entsprechend den bereits von Frau Balzer gegebenen Hinweisen zu optimieren.

Auch wenn die Bodenqualität im Vorhabensgebiet nur als durchschnittlich einzustufen sei, führe das geplante Vorhaben im Bereich der Gewinnungsflächen zu einem fast vollständigen Verlust der bestehenden Bodenfunktionen auf den bergbaulichen Eingriffsflächen. Damit einhergehend sei der fast vollständige Verlust aller natürlichen Bodenfunktionen zu verzeichnen. Die Herstellung einer Gewässerfläche stelle zudem keine Kompensation für den Verlust von Boden. Für die Bewertung der natürlichen Bodenfunktionen stehe im Land Sachsen-Anhalt das Bodenfunktionsbewertungsverfahren des Landesamtes für Umweltschutz (LAU) zur Verfügung. Der Eingriff in das Schutzgut Boden sei im aufzustellenden Rahmenbetriebsplan verbal-argumentativ zu bewerten und gezielte bodenfunktionsbezogene Kompensationsmaßnahmen (sorgsamer Umgang mit dem Boden bei der Abtragung und Zwischenlagerung, Verbesserung und Wiederherstellung von

Bodenfunktionen im Vorhabensumfeld, Flächenentsiegelung, Renaturierung devastierter Flächen, Etablierung bodendeckender Vegetation auf erosionsgeschädigten Böden etc.) vorzusehen.

Für etwaige Fragen zum Schutzgut Boden stünde seitens des LAGB Herr Dr. Helbig als Ansprechpartner zur Verfügung (Tel.: 0345/5212-121).

12. Festlegung:

Der vorgeschlagene Untersuchungsraum zum Schutzgut Boden/Fläche (Flächenverbrauch) ist ausreichend.

13. Festlegung:

Bei der Aufstellung des Rahmenbetriebsplans sind die seitens des Amtes für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Altmark in der Stellungnahme vom 02.10.2018 gegebenen Hinweise zu berücksichtigen.

14. Festlegung:

In der Eingriffsbilanzierung ist das Schutzgut Boden gesondert zu berücksichtigen. Um der besonderen Bedeutung des Schutzguts Boden hinreichend gerecht zu werden, ist die Eingriffsbewertung um eine verbal-argumentative Bewertung der Bodenfunktion zu ergänzen. Die Bewertung der natürlichen Bodenfunktionen ist anhand des Bodenfunktionsbewertungsverfahrens des Landesamtes für Umweltschutz Sachsen-Anhalt vorzunehmen.

15. Festlegung:

Es sind entsprechende Vermeidungs-, Minderungs- und Kompensationsmaßnahmen vorzusehen. Dabei sind zur Kompensation des Eingriffs in das Schutzgut Boden gezielt bodenfunktionsbezogene Kompensationsmaßnahmen wie Flächenentsiegelung, Renaturierung devastierter Flächen, Etablierung bodendeckender Vegetation auf erosionsgeschädigten Böden, etc. vorzusehen.

16. Festlegung:

Mit der unteren Naturschutzbehörde und der unteren Bodenschutzbehörde des Landkreises Börde sind entsprechend bodenbezogene Kompensationsmaßnahmen abzustimmen.

17. Festlegung:

Die Vorhabenträgerin hat im Rahmenbetriebsplan Angaben zur im Vorhabensgebiet vorliegenden Bodenqualität, der mit dem Vorhaben verbundenen tatsächlichen gesamten und jährlichen Flächeninanspruchnahme, der geplanten Wiedernutzbarmachung und den wieder herzustellenden landwirtschaftlichen Nutzflächen zu machen.

18. Festlegung:

Die Vorhabenträgerin hat sich hinsichtlich der geplanten Flächeninanspruchnahme von land- und forstwirtschaftlichen Flächen mit den betroffenen Betrieben abstimmen. Zwar ist es Sache des Betroffenen, die Existenzgefährdung geltend zu machen, jedoch sollte die Vorhabenträgerin vorab im Rahmen einer Existenzgefährdungsanalyse prüfen, inwieweit die Existenz der betroffenen Betriebe durch die geplanten Rohstoffgewinnungs- und Wiedernutzbarmachungsmaßnahmen gefährdet ist. Die Ergebnisse sind als Anlage zum Rahmenbetriebsplan darzustellen.

Hinweis:

Fragen zum Schutzgut Boden sind im LAGB an Herrn Dr. Helbig (Tel.: 0345/5212-121) zu richten.

2.6 Schutzgut Wasser

Die Verhandlungsleiterin stellte einleitend zum Schutzgut Wasser fest, dass der Unterhaltungsverband „Milde/Biese“ und der Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft, Geschäftsbereich Betrieb und Unterhaltung, Flussbereich Osterburg in ihren Stellungnahmen vom 18.09.2018 und vom 15.10.2018 keine Betroffenheiten geäußert hätten.

Die Belange der Hydrogeologie wurden seitens des LAGB von Herrn Dr. Balaske vertreten. Herr Dr. Balaske machte darauf aufmerksam, dass das vorliegende hydrogeologische Gutachten bereits aus dem Jahr 2001 stamme. Er empfahl daher die Aufstellung eines neuen hydrogeologischen Gutachtens und die Prüfung, ob gegebenenfalls neue Grundwassermessstellen erforderlich seien. Der vorgeschlagene Untersuchungsumfang wurde als akzeptabel eingeschätzt. Herr Dr. Balaske wies darauf hin, dass der Nassabbau im obersten Grundwasserleiter erfolge, deshalb sei das vorhandene betriebliche Grundwassermessnetz anzupassen/zu erweitern, so dass die gesamte Vorhabensfläche überwacht werden könne. Das zukünftige Messnetz sollte sowohl den Grundwasseranstrom als auch den Grundwasserabstrom über Grundwassermessstellen erfassen. Im Rahmen der Aufstellung des Rahmenbetriebsplans sei ein „wasserschutzrechtlicher Fachbeitrag“ zu erarbeiten.

Frau Moras, als Vertreterin des aufsichtsführenden Dezernats des LAGB machte darauf aufmerksam, dass das Gewässer so auszubauen sei, dass natürliche Rückhalteflächen erhalten blieben, das natürliche Abflussverhalten nicht wesentlich verändert werde, naturraumtypische Lebensraumgemeinschaften bewahrt und sonstige nachteilige Veränderungen des Zustandes des Gewässers vermieden oder, soweit dies nicht möglich sei, ausgeglichen werden.

Weiter wies sie darauf hin, dass die bestehende wasserrechtliche Erlaubnis Nr. 82/98 zur Entnahme und Einleitung von Wasser aus dem Kiessee für eine Kieswaschanlage vom 25.02.1998 bis zum 31.12.2023 befristet sei. Für die weitere Entnahme von Waschwasser zum Zwecke der Kieswäsche sei daher rechtzeitig eine neue wasserrechtliche Erlaubnis zu beantragen.

Herr Kießling führte ergänzend hierzu aus, dass die Entnahme und Einleitung von Wasser aus dem Kiessee zum Zwecke der Kieswäsche und Nassaufbereitung im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Gewässerausbau stehe und die Erlaubnis daher im Rahmen des bergrechtlichen Planfeststellungsverfahrens mit der Genehmigung zum Ausbau eines Gewässers nach § 67 WHG erteilt werde. Einer gesonderten wasserrechtlichen Erlaubnis bedürfe es in diesem Fall nicht. Dahingegen bedürften Maßnahmen die nicht unmittelbar dem Gewässerausbau dienten (z. B. Wasserentnahme zum Zwecke von Staubbindemaßnahmen, Bewässerung von Kompensationsmaßnahmen, Versorgung von Sozialeinrichtungen etc.) jedoch einer separaten wasserrechtlichen Erlaubnis. Sollte im Zusammenhang mit dem Betrieb der Bauschuttrecyclinganlage Wasser benötigt werden, so sei hierfür bei der zuständigen Genehmigungsbehörde, hier dem Landkreis Altmarkkreis Salzwedel, eine entsprechende wasserrechtliche Erlaubnis zu beantragen. Alle geplanten und bestehenden Wasserentnahmen bzw. wasserrechtlichen Erlaubnisse seien im aufzustellenden hydrogeologischen Gutachten zu berücksichtigen.

19. Festlegung:

Es ist ein hydrogeologisches Gutachten aufzustellen und zu prüfen, ob gegebenenfalls neue Grundwassermessstellen erforderlich sind. Das zukünftige Messnetz soll sowohl den Grundwasseranstrom als auch den Grundwasserabstrom des bergbaulichen Vorhabengebiets über Grundwassermessstellen erfassen.

20. Festlegung:

Die Vorhabenträgerin hat dem Rahmenbetriebsplan einen wasserrechtlichen Fachbeitrag beizufügen, in dem die Auswirkungen des Vorhabens auf die Komponenten des mengenmäßigen und des physikalisch-chemischen Zustands des betroffenen Oberflächen-/ Grundwasserkörpers sowie die im Vorhabensgebiet vorhandenen Altlasten zu beschreiben sind. Ein Entwurf der Mustergliederung zum Fachbeitrag liegt dieser Niederschrift bei (Anlage 3).

21. Festlegung:

Alle geplanten und bestehenden Wasserentnahmen bzw. wasserrechtlichen Erlaubnisse sind im aufzustellenden hydrogeologischen Gutachten mit zu berücksichtigen.

22. Festlegung:

Die bestehende wasserrechtliche Erlaubnis Nr. 82/98 zur Entnahme und Einleitung von Wasser aus dem Kiessee für eine Kieswaschanlage vom 25.02.1998 ist bis zum 31.12.2023 befristet. Es ist daher zu prüfen, welche wasserrechtlichen Nutzungstatbestände im Zusammenhang mit der Realisierung des bergbaulichen Vorhabens entstehen. Die für die Realisierung des bergbaulichen Vorhabens erforderlichen wasserrechtlichen Erlaubnisse sind neu und rechtzeitig vor Ablauf der Befristung der bestehenden Erlaubnisse zu beantragen.

Hinweis:

Für wasserrechtliche Nutzungstatbestände, die im Zusammenhang mit dem Betrieb der Bauschuttrecyclinganlage stehen, ist eine entsprechende wasserrechtliche Erlaubnis bei der hierfür zuständigen Genehmigungsbehörde, hier dem Landkreis Altmarkkreis Salzwedel, zu beantragen. Im Falle, dass die Wasserentnahme aus dem Kiessee erfolgen soll, ist das LAGB im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zu beteiligen.

23. Festlegung:

Der vorgeschlagene Untersuchungsraum zum Schutzgut Wasser ist ausreichend.

2.7 Schutzgut Klima und Luft

Die Verhandlungsleiterin stellte fest, dass zum Schutzgut Klima und Luft in den vorliegenden Stellungnahmen keine weiterführenden Forderungen erhoben wurden. Der in der Tischvorlage vorgeschlagene Untersuchungsraum werde daher als ausreichend angesehen.

24. Festlegung:

Der vorgeschlagene Untersuchungsraum zum Schutzgut Klima und Luft ist ausreichend.

25. Festlegung:

Zum Schutzgut Klima / Luft sind die üblichen Standarduntersuchungen einschließlich Aussagen über Kaltluftentstehungsgebiete, Staub, Nebeltage und deren mögliche Auswirkungen auf an-

grenzende Straßen und Wege im Vorhabensgebiet ausreichend.

2.8 Schutzgut Landschaft

Die Verhandlungsleiterin stellte fest, dass hinsichtlich des Schutzguts Landschaft aus den vorliegenden Stellungnahmen keine weiterführenden Forderungen hervorgehen. Der in der Tischvorlage vorgeschlagene Untersuchungsraum werde daher als ausreichend angesehen.

26. Festlegung:

Der vorgeschlagene Untersuchungsraum zum Schutzgut Landschaft ist ausreichend.

2.9 Schutzgut kulturelles Erbe

Frau Kirstenpfad wies darauf hin, dass sich entsprechend der Stellungnahme des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie vom 11.09.2018 im Vorhabengebiet zahlreiche archäologische Kulturdenkmale gemäß § 14 Abs. 1 und 2 DenkmSchG LSA befänden. Sie verwies hierzu auf die der Stellungnahme beiliegende kartografische Darstellung. Das Vorhaben führe nach Einschätzung des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie zu erheblichen Eingriffen, Veränderungen und Beeinträchtigungen der Kulturdenkmale. Daher müsse der Baumaßnahme aus facharchäologischer Sicht ein fachgerechtes und repräsentatives Dokumentationsverfahren vorgeschaltet werden. Gemäß § 1 und § 9 DenkmSchG LSA sei die Erhaltung der durch o. g. Baumaßnahme tangierten archäologischen Kulturdenkmale im Rahmen des Zumutbaren zu sichern (substanzielle Primärerhaltungspflicht). Aus archäologischer Sicht könne dem Vorhaben dennoch zugestimmt werden, wenn gemäß § 14 Abs. 9 DenkmSchG LSA durch Nebenbestimmungen gewährleistet sei, dass die Kulturdenkmale in Form einer fachgerechten Dokumentation der Nachwelt erhalten blieben (Sekundärerhaltung). Ein undokumentierter Bodeneingriff würde die Integrität der noch nicht exakt lokalisierten Kulturdenkmale gefährden.

Frau Kirstenpfad empfahl diesbezüglich frühzeitig Kontakt mit dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie aufzunehmen und den erforderlichen Untersuchungsumfang abzustimmen.

27. Festlegung:

Der vorgeschlagene Untersuchungsraum zum Schutzgut kulturelles Erbe ist ausreichend.

28. Festlegung:

Vor Beginn der Inanspruchnahme der Vorhabensflächen sind diese mittels eines fachgerechten und repräsentativen Dokumentationsverfahrens zu untersuchen. Die Dokumentation ist nach aktuellen wissenschaftlichen und technischen Methoden unter Berücksichtigung der entsprechenden Vorgaben des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie durchzuführen. Art, Dauer und Umfang der Dokumentation sind rechtzeitig im Vorfeld der Maßnahme mit dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie verbindlich abzustimmen.

29. Festlegung:

Die räumliche Lage der archäologischen Kulturdenkmale sind koordinativ unter Angabe des Lagesstatus abzugrenzen.

Hinweis:

Es wird empfohlen, frühzeitig mit dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie den erforderlichen Untersuchungsumfang abzustimmen. Hierzu sollten zwischen der Vorhabenträgerin

und dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie entsprechende Vereinbarungen getroffen werden. Das LAGB ist über die getroffenen Vereinbarungen in Kenntnis zu setzen.

2.10 Schutzgut sonstige Sachgüter, Infrastruktur

Die Verhandlungsleiterin teilte zum Schutzgut sonstige Sachgüter, Infrastruktur mit, dass die Landesstraßenbaubehörde entsprechend ihrer Stellungnahme vom 10.09.2018 in ihren Belangen nicht berührt sei.

Die Avacon Netz GmbH machte in ihrer Stellungnahme vom 20.09.2018 dahingegen darauf aufmerksam, dass das geplante Planfeststellungsvorhaben im Schutzbereich der 110 kV-Hochspannungsleitung Gardelegen – Salzwedel (LH – 12 – 0200 (Mast 077 - 082)) und einer Fernmeldeleitung liege. Die der Stellungnahme beigefügten Hinweise seien daher zu beachten. Änderungen der vorliegenden Planung bedürften einer erneuten Überprüfung durch den Versorgungsträger.

Frau Kirstenpfad wies die Antragstellerin darauf hin, dass die im Vorhabensgebiet vorhandenen Ver- und Entsorgungsleitungen bei der Aufstellung des Rahmenbetriebsplans zu berücksichtigen seien.

30. Festlegung:

Bei der Erstellung des Rahmenbetriebsplans sind die im Vorhabensgebiet vorhandenen Infrastruktureinrichtungen hinreichend zu berücksichtigen.

31. Festlegung:

Der vorgeschlagene Untersuchungsraum zum Schutzgut sonstige Sachgüter, Infrastruktur ist ausreichend.

2.11 Wechselwirkungen

32. Festlegung:

Die vorhabensbedingten Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern sind im UVP-Bericht zu betrachten.

2.12 Sonstiges

Die Verhandlungsleiterin wies darauf hin, dass die Errichtung und der Betrieb der Bauschuttrecyclinganlage nicht dem räumlichen und sachlichen Geltungsbereich des Bundesberggesetz und damit nicht der Zuständigkeit des LAGB unterliegen. Die geplante Änderung des Standortes der Bauschuttrecyclinganlage sei daher bei der zuständigen Behörde des Altmarkkreises Salzwedel zu beantragen. Sofern sich der neue Standort der Bauschuttrecyclinganlage innerhalb der Grenzen des Bergwerkseigentums befinde, sei das LAGB am Änderungsverfahren für die Bauschuttrecyclinganlage zu beteiligen.

3. Zusammenfassung der dem Rahmenbetriebsplan beizufügenden Gutachten und Genehmigungsanträge

Dem Rahmenbetriebsplan sind folgende Unterlagen und Gutachten als Anlagen beizufügen:

- hydrogeologisches Gutachten (Berücksichtigung der im Vorhabensgebiet vorhandenen Oberflächengewässer, von bestehenden Monitorings, von bestehenden Wasserrechten,

Betrachtung der Auswirkung auf das Oberflächen- und Grundwasser, Bewertung der Auswirkungen des Vorhabens auf den umliegenden Gehölzbestand, Erstellung einer Grundwasserentwicklungsprognose etc.),

- wasserrechtlicher Fachbeitrag entsprechend den Anforderungen der WRRL,
- schalltechnisches Gutachten / Lärmimmissionsprognose,
- Staubimmissionsprognose,
- ggf. Erschütterungsprognose,
- landschaftspflegerischer Begleitplan (*einschließlich Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung, Meldebogen Eingriffsregelung Teil 1 und Maßnahmeblätter für die einzelnen Kompensationsmaßnahmen entsprechend RdErl. des MLU, MI, MW und MBV vom 27.07.2005 – 42.2-22301/3 (MBL LSA Nr. 43/2005 vom 29.08.2005)*),
- FFH-Vorprüfung (ggf. FFH-Verträglichkeitsprüfung),
- artenschutzrechtlicher Fachbeitrag,
- Bodenbewertung – verbal-argumentative Berücksichtigung des Bodens einschließlich entsprechender bodenbezogener Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für den Eingriff in das Schutzgut Boden (ggf. vorgesehene Entsiegelungs- und Bodenverbesserungsmaßnahmen),
- Bodensicherungs- und Verwertungskonzept,
- Grunderwerbskonzept (*mit Begründung des überwiegenden öffentlichen Interesses an der Realisierung des Vorhabens*),
- Existenzgefährdungsabschätzung,
- Massenbilanzen,
- Standsicherheitsnachweise,
- Rahmenvereinbarung zwischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt, unterer Denkmalschutzbehörde des Landkreises und Unternehmen zur Umsetzung von Maßnahmen zum Schutz von Kulturdenkmälern im Sinne von § 14 Abs. 1 und 2 DenkmSchG LSA und
- Flurstückskarten und Eigentümerverzeichnis (*Aus datenschutzrechtlichen Gründen hat die namentliche Auflistung aller Grundstückseigentümer einschließlich deren bekannter Adressen ausschließlich in den Antragsexemplaren für das LAGB zu erfolgen. Diese Angaben sind in den Antragsexemplaren für die Durchführung des Beteiligungsverfahrens insbesondere für die öffentliche Auslegung zu „weißen“.*) und
- fischereirechtliches Nutzungs- und Hegekonzept (*dieses kann ggf. auch erst nach abschließender Herstellung der Abgrabungsgewässers zum Abschlussbetriebsplan erfolgen*).

Es wird empfohlen, dem Rahmenbetriebsplan auch diese Niederschrift zum Scopingtermin als Anlage beizufügen.

Für die im bergrechtlichen Planfeststellungsverfahren zu konzentrierenden Genehmigungen sind dem Rahmenbetriebsplan folgende Antragsunterlagen beizufügen:

- Antrag auf Eingriffsgenehmigung gemäß § 17 BNatSchG,

- Antrag auf Genehmigung des Gewässerausbaus gemäß § 68 WHG,
- Antrag auf denkmalschutzrechtliche Genehmigung gemäß § 14 Abs. 1 und Abs. 2 DenkmSchG LSA,
- Antrag auf Genehmigung zur Umwandlung von Wald gemäß § 8 LWaldG
- Antrag auf Genehmigung für die Erstaufforstung gemäß § 9 LWaldG
- ggf. Anträge auf artenschutzrechtliche Ausnahmen und/oder Befreiungen gemäß § 45 BNatSchG und/oder § 67 BNatSchG und
- ggf. je Nutzungstatbestand Antrag auf Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis nach § 8 WHG i. V. m. § 11 WG LSA für die Entnahme von Wasser aus einem Gewässer oder Brunnen.

Die entsprechenden Anträge sind jeweils als separat formulierte Anträge dem Rahmenbetriebsplan als eigenständige Anlage beizufügen.

3.1 Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 25 Abs. 3 VwVfG

Frau Kirstenpfad wies auf die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung im Sinne von § 25 Abs. 3 VwVfG hin. Die Art und Weise bzw. die Form bleibe dem Unternehmen vorbehalten. Allerdings sollte eine entsprechende Dokumentation bzw. ein Protokoll darüber geführt werden. Der Antrag müsse erkennen lassen, ob und wenn ja, wie die Ergebnisse der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung im Antrag Berücksichtigung finden.

4. Organisatorisches / Sonstiges

Der Inhalt, der Ablauf und die Ergebnisse des Scopingtermins sind Bestandteil dieser Niederschrift und gehen allen Teilnehmern des Scopingtermins sowie allen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, zu.

Hinweise:

Alle vorliegenden und mündlich vorgebrachten Stellungnahmen sind bei der Aufstellung des obligatorischen Rahmenbetriebsplans, der Gutachten und der Antragsunterlagen zu beachten.

Die verwendeten Daten, Gutachten und sonstigen Unterlagen sind vor ihrer Verwertung für die Antragsunterlagen durch die Vorhabenträgerin bzw. dem beauftragten Planverfasser auf ihre Aktualität und Aussagefähigkeit für das Vorhaben zu prüfen und soweit erforderlich zu ergänzen.

Gesetzliche Grundlagen sind in der jeweils geltenden aktuellen Fassung anzuwenden.

Die kartografischen Darstellungen sind so zu gestalten, dass eine eindeutige thematische Differenzierung der dargestellten Sachverhalte möglich ist. Die Übersichtskarten, Risse, Pläne und Luftbilder sind mit Koordinatengittern zu versehen. Lageangaben haben im Gauß-Krüger-Koordinatensystem, Bessel-Ellipsoid (Lagestatus 110) sowie im Koordinatenreferenzsystem ETRS89 (Lagestatus 489) zu erfolgen. Entsprechend der jeweiligen Thematik sind für die Karten geeignete aussagekräftige Maßstäbe auszuwählen. Die in den Darstellungen verwendeten Symbole, Signaturen und Abkürzungen sind in der Legende zu erläutern. Angaben zu Kartengrundlagen, Quellen, Karten- und Bearbeitungsstand, Lage- und Höhenbezugssysteme sowie katasterrelevante Angaben sind im Kartenrahmen zu vermerken.

Dem Rahmenbetriebsplan ist gemäß § 57a Abs. 2 Satz 3 BBergG ein zur Auslegung geeigneter Plan und gemäß § 16 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 UVPG eine allgemein verständliche, nichttechnische Zusammenfassung des UVP-Berichts beizulegen. Das LAGB entscheidet, wann die Unterlagen vollständig sind und das Planfeststellungsverfahren eröffnet werden kann.

Halle/Saale, den 28.11.2018

Im Auftrag



Kirstenpfad
Verhandlungsleiterin



Kießling
Schriftführer

Anlagen:

- Anlage 1: Liste der Teilnehmer am Scopingtermin 14.11.2018
- Anlage 2: Übersichtsplan der archäologischen Kulturdenkmale, Stand 07.09.2018
- Anlage 3: Mustergliederung wasserrechtlicher Fachbeitrag
- Anlage 4: Hinweise zu Maßnahmeblätter
- Anlage 5: Meldebogen Eingriffsregelung

Inhaltsverzeichnis:

1.	Einführung	2
2.	Erörterung von Gegenstand, Umfang und Methode der Umweltverträglichkeitsprüfung	4
2.1	Allgemeines und vorliegende Stellungnahmen	4
2.2	Belange der Raumordnung.....	6
2.3	Schutzgut Menschen einschließlich menschliche Gesundheit	8
2.4	Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt.....	8
2.5	Schutzgut Boden / Fläche (Flächenverbrauch)	10
2.6	Schutzgut Wasser	12
2.7	Schutzgut Klima und Luft.....	13
2.8	Schutzgut Landschaft	14
2.9	Schutzgut kulturelles Erbe	14
2.10	Schutzgut sonstige Sachgüter, Infrastruktur	15
2.11	Wechselwirkungen.....	15
2.12	Sonstiges.....	15
3.	Zusammenfassung der dem Rahmenbetriebsplan beizufügenden Gutachten und Genehmigungsanträge	15
3.1	Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 25 Abs. 3 VwVfG	17
4.	Organisatorisches / Sonstiges	17
Anlagen		

Teilnehmerliste zum Scopingtermin am 14.11.2018 im Verfahren

Bergrechtliches Planfeststellungsverfahren

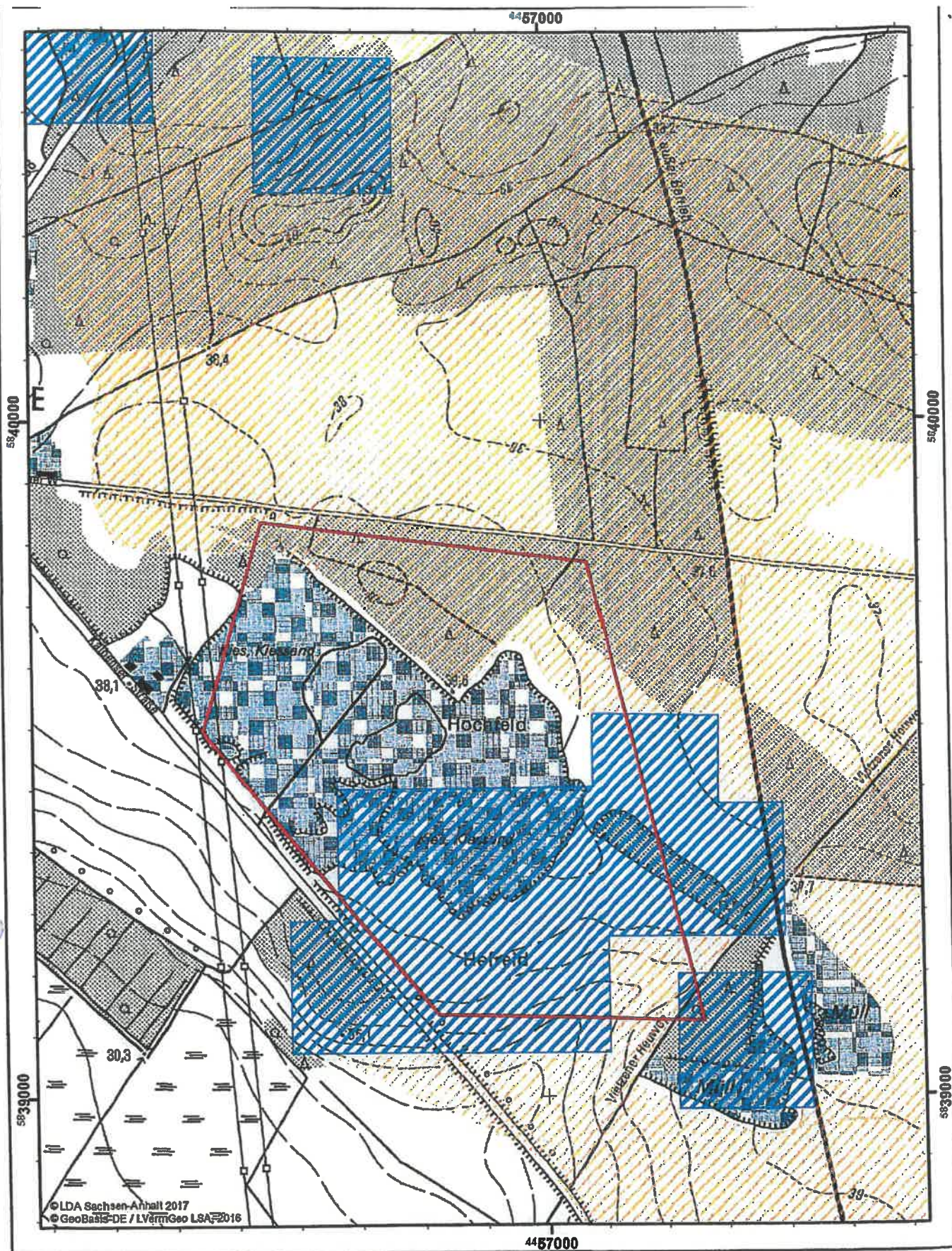
Kiessandtagebau Bühne (Altmark)

der SKS Steinfelder Kies & Sand GmbH

Ort: Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt (LAGB),
Raum 601,
Köthener Straße 38,
06118 Halle / Saale

Beginn: 10:00 Uhr
Pause: — bis — Uhr
Ende: 11:40 Uhr

lfd. Nr.	Name, Vorname	vertretene Stelle ggf. Position im Verfahren	Anschrift Telefonnummer
1.	Wille, Frank	GF Fa. SKS Steinfeld	0170 4479 220
2.	Stiller, Nico	IHK G-6H	0172 6056 909
3.	Balzer, Gert	D23, LAGB	0391/53 57 9 506
4.	Moraw, Cornelia	LAGB / D13	0345/5212-222
5.	Helbig, Henrik	LAGB / D22	0345-5212121
6.	Balzer, Peter	LAGB / D23	0345-5212180
7.	Kießling, Sebastian	LAGB / D33	0345/5212-204
8.	Kristenpfad, Anne	LAGB / D33	~ 172
9.			



Kiessandtagebau Bühne, Übersichtsplan der archäologischen Kulturdenkmale



Maßstab 1:7.500

Lagestatus 110 / EPSG: 31468



1/2

Datum 07.09.2018
Ersteller Martin Planert

Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt
Landesmuseum für Vorgeschichte
Richard-Wagner-Str. 9, 06114 Halle (Saale)



Legende

Vorhabenflächen

-  Vorhabenbereich
-  Trassenführung
-  Fundpunkt
-  Prospektion
-  1. Dokumentationsabschnitt
-  2. Dokumentationsabschnitt
-  Ausgrabung
-  Freigegebener Bereich

Archäologische Kulturdenkmale (§14.1)



Begründete Anhaltspunkte (§14.2)



Kiessandtagebau Bühne, Übersichtsplan der archäologischen Kulturdenkmale

Altmarkkreis Salzwedel

Datum 07.09.2018

Ersteller Martin Planert

Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt
Landesmuseum für Vorgeschichte
Richard-Wagner-Str. 9, 06114 Halle (Saale)



2/2

MUSTERGLIEDERUNG EINES FACHBEITRAGES VOR DEM RECHTLICHEN UND INHALTLICHEN HINTERGRÜNDE DER EUROPÄISCHEN WASSERRAHMEN-RICHTLINIE

1. EINFÜHRUNG

1.1 Veranlassung und Zielstellung

1.2. Rechtliche Grundlagen

- EU-WRRL: Verschlechterungsverbot, Verbesserungsgebot (Art. 4 WRRL)
- Wasserhaushaltsgesetz (insbesondere die §§ 27 bis 31, § 47 WHG)
- Urteils des OGeV vom 20. Juni 2016, in der jeweils geltenden Fassung
- GrwV vom 09. November 2010, in der jeweils geltenden Fassung

1.3. Methodische Vorgehensweise

- Arbeitsschritte
- Bewertungsgrundlagen

2. VORHABENS BESCHREIBUNG

2.1 Darstellung des Vorhabens

- Scoping-Unterlagen
- Variantenuntersuchungen und Vorplanungen
- Entwurfs- und Genehmigungsplanungen

2.2 Potentielle Auswirkungen auf die Qualitätskomponenten der EU-WRRL

3. IDENTIFIZIERUNG, ZUSTAND UND BEWIRTSCHAFTUNGSZIELE DER DURCH DAS VORHABEN BETROFFENEN WASSERKÖRPER

3.1 Identifizierung der durch das Vorhaben betroffenen Wasserkörper

3.1.1 Oberflächenwasserkörper

3.1.2 Grundwasserkörper

3.2 Zustand der durch das Vorhaben betroffenen Wasserkörper

3.2.1 Oberflächenwasserkörper

3.2.1.1 Ökologischer Zustand bzw. Ökologisches Potential

- biologische Qualitätskomponenten
- hydromorphologische Qualitätskomponenten
- allgemeine physikalisch-chemische Qualitätskomponenten (OGewV, Anl. 6)
- flussgebietsspezifische Schadstoffe (OGewV, Anl. 6)

3.2.1.2 Chemischer Zustand

- Schadstoffe mit Umweltqualitätsnormen (OGewV, Anl. 8)

3.1.2 Grundwasserkörper

- Mengenmäßiger Zustand (GrwV, § 4, Abs. 2)
- Chemischer Zustand (GrwV, § 7 Abs. 2 und 3)

3.3 Bewirtschaftungsziele und -maßnahmen für die durch das Vorhaben betroffenen Oberflächenwasserkörper

3.3.1 Oberflächenwasserkörper

- Bewirtschaftungsplan und Maßnahmenprogramm
- sonstige Maßnahmen zur Zielerreichung

3.3.2 Grundwasserkörper

- Bewirtschaftungsplan und Maßnahmenprogramm
- sonstige Maßnahmen zur Zielerreichung

4. ALLGEMEINE BESCHREIBUNG DER VORHABENSWIRKUNGEN AUF DIE DURCH DAS VORHABEN BETROFFENEN WASSERKÖRPER

4.1 Oberflächenwasserkörper

- Prognose und Bewertung negativer und ggf. auch positiver Auswirkungen auf die Qualitätskomponenten, maßgebend:
 - biologische Qualitätskomponenten
 - flussgebietsspezifische Schadstoffe (OGewV, Anl. 6)
- unterstützend für die Einstufung der biologischen Qualitätskomponenten sowie zur Interpretation der Ergebnisse:
 - hydromorphologische Qualitätskomponenten
 - allgemeine physikalisch-chemische Qualitätskomponenten
- maßgebend für die Einstufung des chemischen Zustands:
 - Umweltqualitätsnormen zur Beurteilung des chemischen Zustands (OGewV, Anlage 8)

4.1.1 Baubedingte Wirkungen

4.1.2 Anlagebedingte Wirkungen

4.1.3 Betriebsbedingte Wirkungen

4.2 Grundwasserkörper

- Prognose und Bewertung negativer und ggf. auch positiver Auswirkungen auf die Qualitätskomponenten, maßgebend:
 - Mengenmäßiger Zustand (GrwV, Kriterien nach § 4 Abs. 2 Nr. 1 und nach Nr. 2a bis d)
 - Chemischer Zustand (GrwV, Kriterien nach § 7 Abs. 2 Nr. 1 i. V. m. Abs. 3 oder nach § 7 Abs. 2 Nr. 2a bis c)

Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt Gewässerkundlicher Landesdienst, Sachbereich Gewässerkunde, Bearbeitungsstand: 08.Juni 2017

- 4.2.1 Baubedingte Wirkungen
- 4.2.2 Anlagebedingte Wirkungen
- 4.2.3 Betriebsbedingte Wirkungen
- 4.3 Summationswirkungen im Oberflächenwasserkörper oder in den Wechselwirkungen zwischen dem Oberflächen- und Grundwasserkörper
- 5. VERMEIDUNG, MINDERUNG UND KOMPENSATION VON AUSWIRKUNGEN**
- 5.1 Maßnahmen zur Vermeidung von Auswirkungen
- 5.2 Maßnahmen zur Schadensminimierung
- 5.3 Prüfung möglicher Kompensationsmaßnahmen
- 6. PRÜFUNG DER EINHALTUNG DES VERSCHLECHTERUNGSVERBOTES UND DER NICHTGEFÄHRDUNG DES VERBESSERUNGSGEBOTES**
- 6.1 Oberflächenwasserkörper
- 6.2 Grundwasserkörper
- 6.3 Wechselwirkungen zwischen dem Oberflächen- und Grundwasserkörper
- 7. ZUSAMMENFASSUNG**

Literatur- Quellenverzeichnis

Abbildungen

Tabellen

Anlagen

Hinweis: die in den Untergliederungen als Anstriche aufgeführten Punkte sind keine Unterpunkte, diese verstehen sich lediglich als inhaltliche Hinweise für den jeweiligen Gliederungspunkt

2. Meldebogen Eingriffsregelung, Teil 1, vom Antragsteller auszufüllen (Bezug: Umsetzung der §§ 18 bis 28 des Naturschutzgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt und Sicherung des nachhaltigen Erfolges der durchgeführten Maßnahmen – Gem. RdErl. des MLU, MI, MW und MBV vom 27.07.2005 – 42.2-22301/3 (MBL. LSA Nr. 43/2005 vom 29.08.2005)

[illegible]



SACHSEN-ANHALT

Landesamt für
Geologie und Bergwesen

Dezernat 33
Besondere Verfahrensarten

Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt
Postfach 156 • 06035 Halle / Saale

SKS Steinfelder Kies und Sand GmbH
Herr Wilke
Zur Sandgrube 1
39599 Bismark OT Steinfeld

**Scopingtermin in Vorbereitung des bergrechtlichen Planfeststellungsverfahrens für das Vorhaben Kiessandtagebau Bühne
Niederschrift zum Scopingtermin vom 14.11.2018**

Ihr Zeichen: Tischvorlage vom 14.08.2018

28.11.2018
33.16-05120-5097-23046/2018

Herr Kießling
Durchwahl 0345/5212204

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem gemeinsamen RdErl. des MLU, MI, MW und MBV vom 27.07.2005 – 42.2-22301/3 (MBL. LSA Nr. 43/2005 vom 29.08.2005) wird die Sicherung des nachhaltigen Erfolgs der auf der Grundlage der §§ 18 bis 28 des Naturschutzgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (NatSchG LSA) festgesetzten Maßnahmen zum Ausgleich oder zum Ersatz von unvermeidbaren Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft geregelt. Um sicherzustellen, dass die Kompensation der Eingriffsfolgen in angemessener Zeit erfolgt, die Kompensationsziele erreicht und die Erfolge der Maßnahmen nachhaltig gesichert werden, hat die Genehmigungsbehörde in der Genehmigung zur Umsetzung der Eingriffsregelung konkrete und prüffähige Festlegungen zu treffen.

Um Kompensationsziele, -durchführung und -sicherung der Maßnahmen bewerten und überprüfen zu können, sind eine Reihe an Informationen als Bestandteil der Antragsunterlagen zum von Ihnen angestrebten bergrechtlichen Planfeststellungsverfahren notwendig.

Für jede Kompensationsmaßnahme sind innerhalb des landschaftspflegerischen Begleitplans, sofern noch nicht erfolgt, separate Maßnahmenblätter mit folgenden Angaben zu erstellen:

**Sachsen-Anhalt.
Hier macht das
Bauhaus Schule.**

#moderndenken

Köthener Str. 38
06118 Halle / Saale

Telefon (0345) 5212-0
Telefax (0345) 522 99 10

www.lagb.sachsen-anhalt.de
poststelle@lagb.mw.sachsen-anhalt.de

Landeshauptkasse Sachsen-Anhalt
Deutsche Bundesbank
Filiale Magdeburg
IBAN DE 21 8100 0000 00 8100 1500
BIC MARKDEF1810

- Bezeichnung des Eingriffsvorhabens,
- Name und Anschrift des Vorhabensträgers,
- Name und Anschrift des für die Eingriffskompensation Verantwortlichen,
- Bezeichnung der Kompensationsmaßnahme,
- Größe der Fläche der Kompensationsmaßnahme,
- detaillierte Beschreibung von Art und Umfang der Kompensationsmaßnahme,
- kartografisch Darstellung – räumliche Zuordnung des Eingriffsvorhabens und der Kompensationsmaßnahmen (*kartografischer Darstellung auf Grundlage der topografischen Landeskartenwerke im Maßstab 1 : 10.000) einschließlich Koordinatenangaben (Lagestatus 110 – Gauß-Krüger-Koordinaten, Bessel-Ellipsoid – bzw. ggf. zusätzlich Lagestatus 489 – WGS 84-Koordinaten – und Höhenangaben im Höhenstatus 160 – Deutsches Haupthöhennetz 1992, Normalhöhennull (m über NHN), Pegel Amsterdam –),*
- Auflistung der jeweils betroffenen Flurstücke,
- detaillierte Angaben zur grundbuchrechtlichen oder vertraglichen Sicherung der Maßnahmen und der Maßnahmenflächen,
- Zeitplan zur Umsetzung der konkreten Maßnahmen,
- Beschreibung der Maßnahmen zur nachhaltigen Sicherung der Flächen,
- detaillierte Beschreibung der erforderlichen Pflege- und Unterhaltungsmaßnahmen (*konkrete Angaben zu Art, Umfang und zeitlichen Ablauf der Maßnahmen*),
- Ausgangsbiotop oder –biotopkomplex einschließlich ergänzender Hinweise zur naturschutzfachlichen Bewertung sowie
- Zielbiotop oder –biotopkomplex einschließlich ergänzender Hinweise zur naturschutzfachlichen Bewertung

Zusätzlich zu den Maßnahmeblättern ist der beiliegende Meldebogen Eingriffsregelung, Teil 1, vom Antragsteller auszufüllen.

Ich möchte weiterhin darauf hinweisen, dass für die Bewertung und Bilanzierung von Eingriffsfolgen und die Ermittlung des Kompensationsbedarfs sowie für die Bewertung und Bilanzierung von Ausgleichsmaßnahmen die Richtlinie über die Bewertung und Bilanzierung von Eingriffen im Land Sachsen-Anhalt gem. RdErl. des MLU, MI, MW und MBV vom 16.11.2004 – 42.2-22302/2 - Bewertungsmodell Sachsen-Anhalt - anzuwenden ist.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag


Kießling



SACHSEN-ANHALT

Landesamt für
Geologie und BergwesenDezernat 13
ÜbertagebergbauLandesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt
Postfach 156 • 06035 Halle / SaaleSteinfelder Kies & Sand GmbH
GF Herr F. Wilke
Zur Sandgrube 1
39599 Bismark OT Steinfeld**Hauptbetriebsplan vom 03.07.2018 für den Kiessandtagebau Bühne**

Ihr Zeichen: Antrag vom 05.07.2018

26.09.2018

13.16-34215-5097-19246/2018

Frau Moras
Durchwahl 0345/5212222

Sehr geehrter Herr Wilke,

das Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt (LAGB) erlässt
folgende*Betriebsplanzulassung*

1. Der o.g. Hauptbetriebsplan wird bis zum **30.09.2020** zugelassen.
Die Zulassung umfasst die Kiessandgewinnung im Nassschnitt innerhalb der in Anlage 1.3 der Antragsunterlage dargestellten Abbaufläche, die Aufbereitung des Rohstoffes sowie die Wiedernutzbarmachung einschließlich aller dazu erforderlichen Tätigkeiten, Einrichtungen, Anlagen und Geräte in dem im Hauptbetriebsplan beschriebenen Umfang.
2. Die Zulassung ergeht unter der Maßgabe der Einhaltung der in der Anlage 1 aufgeführten Nebenbestimmungen und Beachtung der in Anlage 2 genannten Hinweise.
3. Diese Entscheidung ist gebührenpflichtig. Die Kosten des Verfahrens hat die Antragstellerin zu tragen. Die Höhe der Kosten ergibt sich aus dem gesondert zugehenden Kostenfestsetzungsbescheid.

Köthener Str. 38
06118 Halle / SaaleTelefon (0345) 5212-0
Telefax (0345) 522 99 10www.lagb.sachsen-anhalt.de
poststelle@lagb.mw.sachsen-anhalt.de**Sachsen-Anhalt.
Hier macht das
Bauhaus Schule.**

#moderndenken

Landeshauptkasse Sachsen-Anhalt
Deutsche Bundesbank
Filiale Magdeburg
IBAN DE 21 8100 0000 00 8100 1500
BIC MARKDEF1810

Begründung

I.

Die SKS Steinfelder Kies & Sand GmbH (Antragstellerin) betreibt innerhalb des Bergwerkeigentumsfeldes „Bühne“, Bergbauberechtigung Nr. III-A-f-378/90/211 (BWE), den Kiessandtagebau Bühne im Nassschnitt.

Für das Vorhaben der Kiessandgewinnung Bühne liegt die vom ehemaligen Bergamt Staßfurt am 18.03.1996 erteilte naturschutzrechtliche Eingriffsgenehmigung vor.

Die Wiedernutzbarmachung der im Kiessandtagebau Bühne bergbaulich beanspruchten Flächen basiert auf dem Landschaftspflegerischen Begleitplan vom 14.11.1994.

Grundlage für die im Kiessandtagebau Bühne betriebene Aufbereitungsanlage ist der vom LAGB am 30.05.2006 zugelassene Sonderbetriebsplan „Aufbereitungsanlage“. Der Betrieb des Schwimmgreifbaggers wird mit der Betriebsplanzulassung des LAGB vom 19.12.2006 zum Sonderbetriebsplan „Schwimmgreifbagger“ geregelt.

Die vom bergbaulichen Vorhaben berührten wasserrechtlichen Belange werden mit folgenden Genehmigungen geregelt:

- wasserrechtliche Plangenehmigung für die Herstellung eines Baggersee auf einer Fläche von 6,4 ha, erteilt vom Regierungspräsidium Magdeburg am 10.05.1994
- wasserrechtliche Erlaubnis Nr. 82/98 zur Entnahme und Einleitung von Wasser aus dem Kiessee für eine Kieswaschanlage, erteilt vom Bergamt Staßfurt am 25.02.1998.

Die Antragstellerin reichte nunmehr beim LAGB den o.g. Hauptbetriebsplan vom 03.07.2018 zur Zulassung ein. Danach wird die Rohstoffgewinnung diskontinuierlich innerhalb des Bergwerkeigentumsfeldes „Bühne“ im beantragten Geltungszeitraum für weitere zwei Jahre fortgesetzt, wobei sich der Abbau ausschließlich auf den Nassschnitt entsprechend der wasserrechtlichen Plangenehmigung vom 10.05.1994 zur Errichtung eines Baggersees von bis zu 6,4 ha beschränkt.

Der zur Zulassung beantragte Hauptbetriebsplan wurde mit Schreiben vom 09.07.2018 den Behörden des Altmarkkreises Salzwedel, der Stadt Kalbe (Milde) und dem Landesverwaltungsamt zur Stellungnahme übersandt.

Folgende Stellungnahmen wurden im Rahmen des Beteiligungsverfahrens abgegeben:

Das Landesverwaltungsamt äußerte mit Schreiben vom 19.07.2018, dass die Belange der oberen Naturschutzbehörde durch die beabsichtigten Abbautätigkeiten des beantragten Hauptbetriebsplanes 2018-2020 nicht berührt seien.

Die Behörden des **Altmarkkreises Salzwedel** äußerten sich mit den Schreiben vom 16.08.2018 wie folgt:

Bei neuen Erdaufschlüssen sei der Nachweis der Kampfmittelfreiheit einzuholen. Der Antrag wäre beim Ordnungsamt des Altmarkkreises Salzwedel zu stellen und bei Kampfmittelverdacht ein Eigentumsnachweis beizufügen.

Der Altmarkkreis Salzwedel als Straßenbaulastträger der Kreisstraße K1088 stimme dem Hauptbetriebsplan unter folgenden Auflagen und Hinweisen zu:

So hätte der Vorhabenträger entsprechend der Regelungen in § 18 Abs. Straßengesetz für das Land Sachsen-Anhalt (StrG LSA) die bestehende Zufahrt (zur K1088) so zu unterhalten, dass die-

se den Anforderungen der Sicherheit und Ordnung sowie den anerkannten Regeln der Technik genüge. Arbeiten an der Straße bedürften der Zustimmung des Altmarkkreises Salzwedel als zuständige Straßenbaubehörde. Weiterhin wird auf die Befugnisse der Baubehörde gem. § 22 Abs. 7 StrG und die Verursacherpflichten gem. § 17 StrG verwiesen.

Die untere Immissionsschutzbehörde (UIB) weist auf die Einhaltung des Tages-Immissionsrichtwertes für Dorfgebiete gem. Nr. 6.1 der Sechsten Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundesimmissionsschutzgesetz (TA Lärm) von 60 dB(A) an der nächstliegenden Wohnbebauung hin.

Die untere Naturschutzbehörde (UNB) äußert, dass dem Antrag keine erheblichen naturschutzfachlichen Bedenken entgegenstünden. Da im Vorhabengebiet u.a. Amphibien, Reptilien oder Bodenbrüter zu erwarten sind, seien die Bestimmungen zum Artenschutz nach § 39 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) i.V.m. § 44 BNatSchG einzuhalten, um ein Eintreten der Verbotstatbestände zu verhindern. Aus Sicht der UNB könne daher dem Hauptbetriebsplan zugestimmt werden.

Die untere Forstbehörde (UFB) stimme dem Antrag aus forstrechtlicher Sicht zu.

Die untere Wasserbehörde (UWB) führt aus, dass keine Einwände gegenüber dem Hauptbetriebsplan beständen, wenn bisherige Nebenbestimmungen beibehalten und die Nebenbestimmungen aus der Plangenehmigung zum Gewässerausbau (Kiessee) eingehalten würden. Bezüglich des Umganges mit wassergefährdenden Stoffen verweist die UWB auf die Bestimmungen der §§ 62 und 63 Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts i.d.g.F. (WHG) und der geltenden Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen vom 18.04.2017 (AwSV) hin. Zudem wird hinsichtlich der Wasserentnahme und Wiedereinleitung nach §§ 8ff des Wassergesetzes für das Land Sachsen-Anhalt i.d.g.F. (WG) auf die jährliche Meldepflicht an die UWB und die obere Wasserbehörde (Wasserentnahmeentgeltstelle) hingewiesen.

Die UWB hat mit Schreiben vom 07.09.2018 (E-Mail) die o.g. Stellungnahme ergänzt und angemerkt, dass nach vorliegenden Unterlagen die Aussagen im Hauptbetriebsplan unter Punkt 4.2.4 zur Tankanlage fehlerhaft seien. Am Standort würden ein 1000 l-Tank (doppelwandig, allgemeine bauaufsichtliche Zulassung Z-40.21-53) im verschließbaren Container sowie Diesel (Heizöl)-Stromaggregat mit < 1000 l-Tank betrieben. Beide Anlagen seien in der Gefährdungsstufe A eingestuft und somit nach § 46 Abs. 2 AwSV nicht prüfpflichtig.

Nach Darlegung der unteren Abfallbehörde (UAB) gäbe es keine abfallrechtlichen Bedenken gegenüber dem Antrag. Die genannten Abfälle seien einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuzuführen.

Die untere Bodenschutzbehörde (UBB) äußert, dass dem Antrag keine bodenschutzrechtlichen Bedenken entgegenstünden.

Die Stellungnahme der Stadt Kalbe (Milde) lag zum Zeitpunkt des Erlasses der vorliegenden Betriebsplanzulassung nicht vor.

Die vorliegende Entscheidung wurde der Antragstellerin vor Erlass bekannt gegeben.

II.

Das LAGB ist nach § 142 Bundesberggesetz (BBergG) i.V.m. dem Erlass „Zuständigkeiten der Behörden nach BBergG im Land Sachsen-Anhalt“ des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr vom 12.03.1991 und dem Beschluss der Landesregierung vom 27.11.2001 über die Verschmelzung der Bergämter Halle und Staßfurt und des Geologischen Landesamtes Sachsen-Anhalt die zuständige Behörde für die Zulassung bergrechtlicher Betriebspläne nach den §§ 51 ff BBergG und insoweit zuständige Behörde für die Zulassung des hier vorliegenden Hauptbetriebsplans.

Das Zulassungsverfahren für den Betriebsplan richtet sich nach § 54 BBergG. Die Vorschrift regelt die Vorlage bergrechtlicher Betriebspläne durch den Unternehmer und die durch die Bergbehörde vor dessen Zulassung durchzuführende Beteiligung von Behörden, deren Aufgabenbereich durch die im Betriebsplan vorgesehenen Maßnahmen berührt werden, sowie der Gemeinden als Planungsträger.

Im Zulassungsverfahren wurden gemäß § 54 Abs. 2 BBergG die Behörden des Altmarkkreises Salzwedel, die Stadt Kalbe (Milde) und das Landesverwaltungsamt beteiligt. Eine Beteiligung weiterer Behörden oder Gemeinden war nicht ersichtlich.

Die in den eingegangenen Stellungnahmen enthaltenen Anmerkungen, Forderungen, und Hinweise wurden geprüft und soweit diese das Antragsvorhaben betreffen und rechtlich begründet sind in der vorliegenden Entscheidung als Nebenbestimmung oder Hinweise berücksichtigt. So konnten die Forderungen der Stellungnahmen in die Nebenbestimmungen nur aufgenommen werden, soweit nach BBergG oder anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften eine Rechtsgrundlage besteht. Dabei können im Zulassungsverfahren grundsätzlich nur solche öffentlich-rechtlichen Interessen berücksichtigt werden, die in öffentlich-rechtlichen Verboten oder Beschränkungen ihren Niederschlag finden und nicht in anderen Zulassungs- oder Genehmigungsverfahren durchgesetzt werden können. Die Berücksichtigung anderer als in § 55 BBergG bezeichneten Rechtsgüter und Belange sieht das Gesetz nur vor, wenn entgegenstehende öffentliche Interessen überwiegen.

Aus den vorliegenden Stellungnahmen der Fachbehörden des Altmarkkreises Salzwedel ergaben sich keine Beschränkungs- oder Untersagungsgründe für das Hauptbetriebsplanvorhaben.

Die Stadt Kalbe (Milde) hat innerhalb des vorgegebenen angemessenen Zeitrahmens keine Stellungnahme zum beantragten Hauptbetriebsplanvorhaben abgegeben. Das LAGB geht daher davon aus, dass seitens der Gemeinde keine Einwände gegen das Betriebsplanvorhaben bestehen.

Der Antragstellerin wurde gemäß § 1 Abs. 1 Satz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (VwVfG LSA) i.V.m. § 28 VwVfG Gelegenheit gegeben, sich vor Erlass dieser Entscheidung zu den entscheidungserheblichen Tatsachen zu äußern.

Mit Schreiben vom 24.09.2018 (Übermittlung per E-mail vom 25.09.2018) wurde das grundlegende Einverständnis zur vorliegenden Entscheidung erklärt. Vorgebrachte Fragen, Hinweise und Bedenken konnten im Rahmen der am 26.09.2018 erfolgten fernmündlichen Erörterung ausgeräumt werden. Infolge wurde die im Entwurf enthaltene Nebenbestimmung 10 abgeändert und die Nebenbestimmung 11 in die Betriebsplanzulassung aufgenommen.

Gemäß § 55 Abs. 1 Satz 1 BBergG ist die beantragte Betriebsplanzulassung zu erteilen, wenn die dort genannten Zulassungsvoraussetzungen erfüllt sind.

Die Prüfung des vorliegenden Hauptbetriebsplans für den Kiessandtagebau Bühne hat ergeben, dass die in § 55 Abs. 1 Nr. 1 bis 9 BBergG normierten Zulassungsvoraussetzungen vorliegen bzw. durch die Aufnahme von Nebenbestimmungen in die Entscheidung sichergestellt werden können.

Bergbauberechtigung gem. § 55 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BBergG

Das dargestellte Betriebsplanvorhaben bewegt sich innerhalb des Bergwerkeigentumsfeldes „Bühne“ (BWE). Die Antragstellerin ist Inhaberin des BWE und somit auch Inhaberin der erforderlichen Gewinnungsberechtigung.

Eignung und Zuverlässigkeit gem. § 55 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BBergG

Es sind keine Tatsachen bekannt oder erkennbar, wodurch Bedenken hinsichtlich der Zuverlässigkeit, fachlichen und körperlichen Eignung der vertretungsberechtigten Person bestehen könnten.

Arbeitsschutz und Betriebssicherheit gem. § 55 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BBergG

Die Darlegungen im Hauptbetriebsplan lassen erkennen, dass die für den Betrieb relevanten Rechtgrundlagen und Sicherheitsbestimmungen im Unternehmen bekannt sind und umgesetzt werden. Bei Beachtung der ergehenden Nebenbestimmungen kann davon ausgegangen werden, dass der ordnungsgemäße und sichere Tagebaubetrieb, insbesondere die erforderliche Vorsorge gegen Gefahren für Leben, Gesundheit und zum Schutze von Sachgütern, Beschäftigter und Dritter im Betrieb gewährleistet sind.

Keine Beeinträchtigung anderer Bodenschätze gem. § 55 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 BBergG

Eine Beeinträchtigung anderer Bodenschätzen, deren Schutz im öffentlichen Interesse liegt, ist nicht ersichtlich.

Schutz der Oberfläche im Interesse der persönlichen Sicherheit und des öffentlichen Verkehrs gem. § 55 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 BBergG

Öffentliche Gebäude oder öffentliche Verkehrsanlagen werden von der beabsichtigten Abbauplanung nicht berührt oder tangiert. Bei ordnungsgemäßer Betriebsführung ist davon auszugehen, dass keine Veränderungen der Oberfläche eintreten werden, durch die die Sicherheit von Leben und Gesundheit von Personen bedroht bzw. der öffentliche Verkehr gefährdet würden.

Ordnungsgemäße Beseitigung anfallender Abfälle gem. § 55 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 BBergG

Im Rahmen der geplanten Maßnahmen anfallende Abfälle werden, soweit diese nicht vermieden werden können, verwertet bzw. ordnungsgemäß entsorgt.

Wiedernutzbarmachung der Oberfläche gem. § 55 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 BBergG

Im Hauptbetriebsplanzeitraum ist die weitere Umsetzung der mit der naturschutzrechtlichen Eingriffsgenehmigung und dem Landschaftspflegerischen Begleitplans (LBP) verbundenen Maßnahmen beabsichtigt.

Schutz anderer Bergbaubetriebe gem. § 55 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 BBergG

Im Vorhabenbereich sind keine anderen bereits zulässigerweise geführten Betriebe tätig, deren Sicherheit durch die geplanten Maßnahmen berührt oder beeinträchtigt werden könnte.

Keine gemeinschädlichen Einwirkungen der Aufsuchung und Gewinnung gem. § 55 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 BBergG

Gemeinschädliche Einwirkungen der Gewinnung sind bei Durchführung des Vorhabens entsprechend der Betriebsplandarlegungen und Beachtung der Nebenbestimmungen nicht zu erwarten. Gemeinschädliche Einwirkungen sind ursächlich auf die Aufsuchung oder Gewinnung zurückzuführende, nicht unerhebliche Beeinträchtigungen. Ein Gemeinschaften liegt danach nicht schon vor, wenn ein Einzelner geschädigt wird, sondern es muss ein Schaden in einem solchen Umfang drohen, der sich auf das Allgemeinwohl auswirkt. Der Schaden müsste entweder Leben oder Gesundheit von Menschen betreffen oder aber Sachgüter von hohem Wert, durch deren Zerstörung oder Veränderung das Gemeinwohl beeinträchtigt würde. Dies kann nach heutigem Kenntnisstand ausgeschlossen werden.

Dem Vorhaben entgegenstehende überwiegende öffentliche Interessen im Sinne des § 48 Abs. 2 BBergG sind nicht bekannt.

Die Betriebsplanzulassung wurde unter Ausübung pflichtgemäßen Ermessens mit Nebenbestimmungen versehen, um die Zulassungsvoraussetzungen nach § 55 Abs. 1 Nr. 1 bis Nr. 9 BBergG sicherzustellen.

Die Nebenbestimmungen begründen sich wie folgt:

Nebenbestimmung 1:

Die Zulassung eines Betriebsplanes kann gemäß § 56 Abs. 2 BBergG von der Leistung einer Sicherheit abhängig gemacht werden, soweit diese erforderlich ist, um die Erfüllung der in § 55 Abs. 1 Nr. 3 bis 13 und Abs. 2 BBergG genannten Voraussetzungen zu sichern.

Die Forderung erfolgt nach pflichtgemäßem Ermessen des LAGB. Die Leistung einer Sicherheit ist in diesem Fall zur Absicherung der Erfüllung der sich aus der Betriebsplanzulassung ergebenden öffentlich-rechtlichen Pflichten erforderlich.

Aufgrund des Ausmaßes des Gesamtvorhabens und des damit verbundenen Eingriffs mit entsprechend hohen Kosten für die (Wieder-)Herstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, ist nicht auszuschließen, dass im Zeitpunkt der Notwendigkeit der Vornahme der diesbezüglichen Maßnahmen die dafür notwendigen Mittel tatsächlich nicht in ausreichendem Maße bereit stehen werden.

Zwar liegen im Moment keine Anhaltspunkte vor, die Zweifel an der Wirtschaftskraft rechtfertigen würden. Allein dieser Umstand lässt aber die Erforderlichkeit der Sicherheitsleistung nicht wegfallen. Relevant für die Beurteilung der Gefahr einer Zahlungsunfähigkeit ist nicht die gegenwärtige wirtschaftliche Situation, sondern die voraussichtliche finanzielle Lage in dem Moment, in dem das Bergbauvorhaben beendet werden soll und die Einstellungsarbeiten anstehen (vgl. OVG Thüringen, Urteil vom 08.06.2011, 1 KO 704/07).

In die Prognose zur Erforderlichkeit der Sicherheitsleistung können neben der Wirtschaftskraft des Unternehmens auch allgemeine Erfahrungen, die wirtschaftliche Gesamtsituation oder andere Gesichtspunkte für die Entscheidungsfindung einfließen (vgl. OVG Thüringen, aaO; Boldt/ Weller, Kommentar zum BBergG, § 56 Rn 20).

Angesichts der aktuellen Erfahrungen im Zusammenhang mit einer Reihe von außerplanmäßigen Betriebseinstellungen von Bergbauunternehmen (Insolvenzen, Liquidationen), der derzeitigen wirtschaftlichen Gesamtsituation und der internationalen Finanzkrise werden in der Regel alle Betriebsplanzulassungen von der Leistung einer Sicherheitsleistung abhängig gemacht, um den Landeshaushalt von anfallenden Ersatzvornahmekosten im Falle der Nichterfüllung der Pflichten durch den Unternehmer weitgehend freizuhalten. Es liegen keine Anhaltspunkte vor, die hier eine Ausnahme zwingend erfordern.

Auch in einer Gesamteinschätzung vermögen angesichts der genannten Gründe die berechtigten Interessen des Unternehmens an der Nichterhebung einer Sicherheitsleistung wegen der damit verbundenen durchaus gravierenden finanziellen und wirtschaftlichen Belastungen nicht zu einer anderen Entscheidung zu gelangen. Insofern ist dem LAGB die wirtschaftliche Tragweite durchaus bewusst. Das Verlangen nach Sicherheitsleistung ist verhältnismäßig.

Die Höhe der Sicherheitsleistung wurde ebenfalls unter Ausübung pflichtgemäßen Ermessens im Hinblick auf die Kosten, die für die Erfüllung der Unternehmerpflichten erforderlich werden, anhand folgender Berechnung ermittelt:

		spezifischer Faktor €/ m	Summe in €
Planungspauschale Sicherungsmaßnahmen			5.000
Rückbau/Entsorgung Anlagen bzw. wgSt (1000l-Tank, Dieselstromaggregat)			10.000
Rückbau schwimmendes Gewinnungsgerät, Aufbereitungsanlage			15.000
Sicherung einzelner Böschungsbe- reiche	ca. 350 m	24,00	8.400
Summe (gerundet auf volle 1000 €)			38.000

Sofern als Form der Sicherheitsleistung die Hinterlegung einer Bankbürgschaft vorgesehen ist, muss diese u. a. unbefristet sein. Befristete Bürgschaften können nicht zugelassen werden, da diese nicht geeignet sind, den Sicherungszweck zu erfüllen.

Die Sicherheitsleistung erfüllt damit ihren Zweck nur dann, wenn der Zeitraum bis zur möglichen Realisierung der abzusichernden Pflichten abgedeckt wird. Da dieser Zeitraum ungewiss ist, muss die Sicherheitsleistung unbefristet sein.

Im Rahmen des eröffneten Ermessens werden nur Bürgschaften auf erstes Anfordern akzeptiert, um die Erfüllung der Zulassungsvoraussetzungen in § 55 BBergG sicherzustellen. Die Sicherheitsleistung dient der Deckung der Kosten, die dem Landeshaushalt im Falle einer Ersatzvornahme entstehen können, wenn der Unternehmer seinen Pflichten nicht nachkommen kann. Nur wenn der Zugriff auf die Sicherheitsleistung zum Zeitpunkt der Ersatzvornahme möglich ist, kann dieser Sicherungszweck erfüllt werden. Eine Bürgschaft, die nicht auf erstes Anfordern zahlbar ist, wird dem nicht gerecht. Durch Bestreiten der Forderungen kann die Auszahlung der Bürgschaft

verzögert werden, mit der Folge, dass die erforderlichen Mittel im Falle der Ersatzvornahme nicht vorhanden sind und auf Kosten der Allgemeinheit aus dem Landeshalt gedeckt werden müssen. Deshalb kann nur eine Bürgschaft auf erstes Anfordern den Sicherungszweck nach § 56 Abs. 2 BBergG erfüllen.

Nebenbestimmungen 2 bis 7:

Mit den Forderungen in den Nebenbestimmungen wird die Überwachung des Grund- und Kieseewassers beauftragt. Sie sind erforderlich, um die Auswirkungen des durch den Nassschnitt verursachten Eingriffs auf die bestehenden hydrologischen Verhältnisse und die Wasserqualität zu überwachen. Nicht zuletzt dienen sie der Vorsorge, dass durch das bergbauliche Vorhaben nicht erst gemeinschädliche Umweltauswirkungen entstehen.

Nebenbestimmung 9:

Mit der Nebenbestimmung wird für die in ca. 200 m zum Tagebaubetrieb gelegene Wohnbebauung der Ortslage Bühne die Einhaltung des maßgeblichen Tages-Immissionsrichtwertes von 60 dB(A) verfügt. Die Festlegung gründet auf den Anforderungen der Sechsten Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundesimmissionsschutzgesetz Nr. 6.1 (TA Lärm). Danach beträgt in Dorfgebieten der Immissionsrichtwert für den Beurteilungspegel außerhalb von Gebäuden im Zeitraum von 06.00 bis 22:00 Uhr (tags) 60 dB(A). Mit der Auflage soll sichergestellt werden, dass schädliche Umwelteinwirkungen i.S. § 55 Abs. 1 Nr. 9 BBergG durch die mit dem bergbaulichen Betrieb verbundenen Geräuschemissionen aufgeschlossen werden.

Nebenbestimmungen 10 und 11

Mit den Festlegungen wird u.a. bezüglich des Baggerstandortes zur Böschungsoberkante des Nassschnittes die Einhaltung eines Sicherheitsabstandes von mind. 5 m gefordert. Grundlage für den Sicherheitsabstand sind die Berufsgenossenschaftlichen Regeln für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit (BGR 500 bzw. DGUV Regel 500) für das Betreiben von Arbeitsmitteln i.V.m. der DIN 4124 – Böschungen, Arbeitsraumbreiten, Verbau, Baugruben und Gräben. Der Antragsunterlage sind bezüglich des Einsatzes des Kettenbaggers keine weitergehenden technologischen Aspekte zu entnehmen. Um die Standsicherheit des Baggers und eine ordnungsgemäße Betriebsführung i.S. § 55 Abs. 1 Nr. 3 BBergG gewährleisten zu können, werden die Auflagen als erforderlich erachtet.

In dieser Betriebsplanzulassung ergehende Hinweise sind von der Antragstellerin zu beachten.

Die Zulassung des Hauptbetriebsplans ist gebührenpflichtig. Grundlage für die Kostenentscheidung ist § 5 BBergG i.V.m. §§ 1, 3, 5, 7 und 10 VwKostG LSA und der AllGO LSA, Anhang lfd. Nr. 5 Ziffer 2.1.3.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Magdeburg in Magdeburg erhoben werden.

Hinweise

Die Zulassung ergeht mit den in Anlage 2 aufgeführten Hinweisen.

Im Auftrag



Moras

Anlagen

Anlage 1 Nebenbestimmungen

Anlage 2 Hinweise

nachrichtlich an:	Altmarkkreis Salzwedel	Stadt Kalbe (Milde)
	Karl-Marx-Str. 32	Schulstraße 11
	29410 Salzwedel	39624 Kalbe / Milde

Anlage 1

Nebenbestimmungen

1. Die Zulassung des Betriebsplanes wird gemäß § 56 Abs. 2 BBergG von dem Nachweis einer Sicherheitsleistung abhängig gemacht. Von ihr darf erst nach Hinterlegung der unten festgelegten Sicherheit Gebrauch gemacht werden.

Die Höhe der Sicherheitsleistung wird auf

38.000,00 Euro

(in Worten: achtunddreißigtausend Euro)

festgelegt.

Die Sicherheitsleistung ist beim LAGB bis zum **28.12.2018** vorzulegen.

Bei Nichteinhaltung dieser Frist erlischt die Zulassung.

Für den Fall, dass die Hinterlegung einer Bankbürgschaft vorgesehen ist, muss diese auf erstes Anfordern erteilt werden, unbedingt, unbefristet, unwiderruflich und unter Verzicht auf die Einreden der Anfechtbarkeit, der Aufrechenbarkeit wegen bestrittener oder nicht rechtskräftig festgestellter Forderungen und der Vorklage gem. §§ 770, 771 BGB erteilt sein.

Eine Erhöhung der Sicherheitsleistung infolge von Kostensteigerungen bleibt vorbehalten.

Mit fortschreitender Herstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung besteht die Möglichkeit, die Sicherheitsleistung sukzessive zu reduzieren. Über die Reduzierung entscheidet das LAGB auf Antrag.

Überwachung des Grund- und Kieseewassers:

2. Die Wasserstandsmessungen an den vorhandenen Grundwassermessstellen P 1/94, 2/94, P 3/94, P 4/16 und am Lattenpegel im Kieseewasser sind weiterhin regelmäßig am 01. jeden Monats durchzuführen und die Messwerte zu dokumentieren.
3. Die Grundwassermessstellen P 1/94, P 2/94, P 3/94 und P 4/16 sind jährlich im Frühjahr (zeitgleich mit der Kieseewasserbeprobung) zu beproben und die Proben auf nachfolgende Parameter zu analysieren:

Vorortparameter: Wassertemperatur, pH-Wert, Leitfähigkeit, Sauerstoffgehalt, Redoxpotential

Labor-Parameter: $P_{ges.}$, NO_3 , NO_2 , NH_4 , Ca, K, Na, Mg, SO_4 , Cl, HCO_3 , $Fe_{ges.}$, Mn, KW-Index, AOX, DOC.

4. Die Beprobung des Kieseewassers hat einmal jährlich im Zeitraum der Frühjahrszirkulation Ende März/Anfang April (zeitgleich mit der Grundwasserbeprobung) zu erfolgen.

Probenahmestelle: Oberflächennahe Wasserschicht in 0,3 m Wassertiefe im Bereich der größten Wassertiefe des entstehenden Sees.

Vorortparameter:

- Färbung, Trübung, Geruch, Witterungsverhältnisse (Bewölkung, Wind, Niederschlag)
- Sichttiefe, pH-Wert, Sauerstoff, Leitfähigkeit
- Tiefenprofil Temperatur / O_2 in 1-m-Abstand von der Oberfläche bis zum Grund

Labor-Parameter: $\text{o-PO}_4\text{-P}$, $\text{P}_{\text{ges.}}$, $\text{NO}_2\text{-N}$, $\text{NO}_3\text{-N}$, $\text{NH}_4\text{-N}$, TON, Chlorophyll-a, abfiltrierbare Stoffe, AOX.

5. Die Ergebnisse der jährlichen Wasseranalytik (entsprechend Punkt 3 und 4. sind dem LAGB innerhalb **von zwei Monaten** nach erfolgter Beprobung in dreifacher Ausfertigung in Form eines Ergebnisberichtes, einschließlich einer verbalen Bewertung, vorzulegen.
6. Die Ergebnisse der Wasserstandsmessungen (entsprechend Punkt 2) sind dem LAGB bis spätestens **31.01. des Folgejahres** vorzulegen.
7. Defekte Grundwassermessstellen sind zu reparieren bzw. zu ersetzen und in die Grundwasserüberwachung mit einzubeziehen.
8. In Abhängigkeit von den Ergebnissen der jährlichen Beweissicherung kann über weitere Maßnahmen/Untersuchungen entschieden werden.
9. An der nächstliegenden Wohnbebauung der Ortslage Bühne ist der für Dorfgebiete maßgebliche Tages-Immissionsrichtwert von 60 dB(A) einzuhalten.
Das LAGB behält sich vor, die Einhaltung des maßgeblichen Immissionsrichtwertes durch Messung nachweisen zu lassen.
10. Vor dem Einsatz des landgestützten Kettenbaggers Typ „Akermann EC 300“ ist dem LAGB die EG-Konformitätserklärung des Baggers vorzulegen.
11. Zwischen der Vorderkante der Gleitkette des Kettenbaggers und der Abbauböschung des Nassschnitts ist ein Sicherheitsabstand von mindestens 5 m einzuhalten.

Anlage 2

Hinweise

1. Die Betriebsplanzulassung gilt für die im Hauptbetriebsplan dargestellten bergbaulichen Arbeiten und Maßnahmen, soweit diese hiermit zugelassen sind. Änderungen bzw. Ergänzungen des Hauptbetriebsplanes sind dem LAGB vor Beginn der vorgesehenen Arbeiten rechtzeitig zur Zulassung einzureichen.
2. Diese Zulassung umfasst nicht die nach anderen öffentlich-rechtlichen Bestimmungen erforderlichen Genehmigungen, Zulassungen oder Bewilligungen.
3. Der Unternehmer hat sicherzustellen, dass für die im Rahmen der bergbaulichen Arbeiten in Anspruch genommenen Grundstücke Eigentums- bzw. Nutzungsrechte durch das Unternehmen vorab erworben wurden. Beeinträchtigungen angrenzender Grundstücke Dritter sind auszuschließen.
4. Bei der Durchführung der angezeigten Arbeiten sind die allgemein anerkannten sicherheitstechnischen, arbeitsmedizinischen und hygienischen Regeln zu beachten. Den Grundsätzen der Allgemeinen Bundesbergverordnung (ABergV) ist dabei Rechnung zu tragen.
5. Mit dem 01.08.2017 trat die Bundesanlagenverordnung für wassergefährdende Stoffe (AwSV) in Kraft. Die AwSV ersetzt die bisher gültige Regelung für den Boden- und Gewässerschutz (VAwS).
6. Durch den sorgfältigen Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sowie entsprechende technische Sicherungsmaßnahmen ist Sorge dafür zu tragen, dass nachteilige Auswirkungen auf das Grundwasser nicht auftreten können. Die zum Betreiben der Maschinen und Aggregate verwendeten Fette und Öle sind ordnungsgemäß und unter Nachweis zu entsorgen. Für Havariefälle (Leckagen o.ä.) ist Ölbindemittel in ausreichender Menge an einem witterungsbeständigen Lagerort für den sofortigen Gebrauch vorzuhalten.
7. Bei Unfällen oder Schadensfällen die zum Austritt von wassergefährdenden Stoffen in nicht nur unbedeutenden Mengen führen können oder bei Verdacht einer Grundwasserverunreinigung sind unverzüglich das Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt sowie die zuständige Untere Wasserbehörde zu informieren.
8. Auf die Einhaltung der Anforderungen des Abfallgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (AbfG LSA), des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (KrWG) wird hingewiesen. Unbefugt im Kiessandtagebau verbrachte Abfälle sind unverzüglich einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuzuführen.
9. Geltende Vorschriften (Gesetze, Verordnungen) sind in der jeweils aktuell gültigen Fassung umzusetzen.
10. Die dem LAGB vorliegende Sicherheitsleistung in Höhe von 30.000 € wird der Bürgin bei Vorlage der mit dieser Betriebsplanzulassung festgelegten Sicherheitsleistung zurückgegeben.


SACHSEN-ANHALT

 Landesamt für
Geologie und Bergwesen

 Dezernat 13
Übertagebergbau

 Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt
Postfach 156 • 06035 Halle / Saale

 Steinfelder Kies & Sand GmbH
Herr Wilke
Zur Sandgrube 1
39599 Bismark OT Steinfeld

**Antrag vom 10.07.2020 auf Verlängerung des Hauptbetriebsplanes für
den Kiessandtagebau Bühne**

Ihr Zeichen: Schr. vom 10.07.2020

 30.09.2020
13.12-34215-5097-21646/2020

 Frau Winkler
Durchwahl +49 345 5212-238

Sehr geehrter Herr Wilke,

 das Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt (LAGB) erlässt
folgende

Entscheidung

1. Die Geltungsdauer des Hauptbetriebsplanes wird bis zum 30.09.2022 verlängert.
2. Die Zulassung ergeht mit den in Anlage 1 aufgeführten Nebenbestimmungen.
3. Diese Entscheidung ist gebührenpflichtig. Die Kosten des Verfahrens hat die Antragstellerin zu tragen. Die Höhe der Kosten ergibt sich aus dem gesondert zugehenden Kostenfestsetzungsbescheid.

Begründung

Die SKS Steinfelder Kies & Sand GmbH (Antragstellerin) beantragte mit Schreiben vom 10.07.2020 zur Weiterführung der bergbaulichen Arbeiten und Maßnahmen die Verlängerung des gültigen Hauptbetriebsplanes für weitere zwei Jahre, um die Rohstoffversorgung im Unternehmensverbund und gegenüber Dritte zu gewährleisten.

Die Antragstellerin betreibt innerhalb des Bergwerkeigentumsfeldes „Bühne“, Bergbauberechtigung Nr. III-A-f-378/90/211 (BWE), den Kiessandtagebau Bühne im Nassschnitt.

Sachsen-Anhalt
#moderndenken

 Köthener Str. 38
06118 Halle / Saale

 Telefon (0345) 5212-0
Telefax (0345) 522 99 10

www.lagb.sachsen-anhalt.de
poststelle@lagb.mw.sachsen-anhalt.de

 Landeshauptkasse Sachsen-Anhalt
Deutsche Bundesbank
Filiale Magdeburg
IBAN DE 21 8100 0000 00 8100 1500
BIC MARKDEF1810

Für das Vorhaben der Kiessandgewinnung Bühne liegt die vom ehemaligen Bergamt Staßfurt am 18.03.1996 erteilte naturschutzrechtliche Eingriffsgenehmigung vor.

Die Wiedernutzbarmachung der im Kiessandtagebau Bühne bergbaulich beanspruchten Flächen basiert auf dem Landschaftspflegerischen Begleitplan vom 14.11.1994.

Grundlage für die im Kiessandtagebau Bühne betriebene Aufbereitungsanlage ist der vom LAGB am 30.05.2006 zugelassene Sonderbetriebsplan „Aufbereitungsanlage“. Der Betrieb des Schwimmgreifbaggers wird mit der Betriebsplanzulassung des LAGB vom 19.12.2006 zum Sonderbetriebsplan „Schwimmgreifbagger“ geregelt.

Die vom bergbaulichen Vorhaben berührten wasserrechtlichen Belange werden mit folgenden Genehmigungen geregelt:

- wasserrechtliche Plangenehmigung für die Herstellung eines Baggersee auf einer Fläche von 6,4 ha, erteilt vom Regierungspräsidium Magdeburg am 10.05.1994
- wasserrechtliche Erlaubnis Nr. 82/98 zur Entnahme und Einleitung von Wasser aus dem Kiessee für eine Kieswaschanlage, erteilt vom Bergamt Staßfurt am 25.02.1998.

Mit dem Antrag auf Verlängerung des Hauptbetriebsplanes beschränkt sich die Antragstellerin ausschließlich auf den Nassschnitt entsprechend einer vom 10.05.1994 erteilten wasserrechtlichen Plangenehmigung zur Herstellung eines Baggersees von bis zu 6,4 ha. Nach aktueller Vermessung vom 13.05.2020 sind davon 39.583 m² bereits in Anspruch genommen. Die Abbaufäche ist Bestandteil der bereits bergbaulich in Anspruch genommenen Flurstücke 106/18 und 15/1 der Flur 3, Gemarkung Bühne. Die Hauptbetriebsplan – bzw. Abbaufäche entspricht der mit Entscheidung zum Hauptbetriebsplan vom 26.09.2018 zugelassenen Flächen.

Der zur Zulassung beantragte Betriebsplan wurde mit Schreiben vom 22.07.2020 dem Altmarkkreis Salzwedel und der Stadt Kalbe (Milde) zur Stellungnahme übersandt.

Folgende Stellungnahmen wurden im Rahmen des Beteiligungsverfahrens abgegeben:

Der Altmarkkreis Salzwedel äußerte in den Stellungnahmen vom 25.08.2020 und 07.09.2020 keine Bedenken gegen die geplante Verlängerung. Aus wasserrechtlicher seien Auflagen zu berücksichtigen. Die Aussagen zur Tankstelle seien fehlerhaft. Am Standort würden ein 1000 l-Tank (doppelwandig, allgemeine bauaufsichtliche Zulassung Z-40.21-53) im verschließbaren Container sowie Diesel (Heizöl)-Stromaggregat mit < 1000 l-Tank betrieben. Beide Anlagen seien in der Gefährdungsstufe A eingestuft und somit nach § 46 Abs. 2 AwSV nicht prüfpflichtig. Da die Angaben jedoch nicht schlüssig seien, werde eine Anordnung zur Prüfung der Tankanlage und Stromaggregat gemäß § 53 AwSV empfohlen.

Die Untere Naturschutzbehörde verwies auf die Einhaltung der Bestimmungen zum Artenschutz gemäß § 39 und § 44 BNatSchG. Die Untere Denkmalschutzbehörde verwies auf das Vorkommen zahlreicher archäologischer Kulturdenkmale im Bereich des Vorhabens.

Der Altmarkkreis Salzwedel als Straßenbaulastträger der Kreisstraße K1088 stimme dem Vorhaben unter folgenden Auflagen und Hinweisen zu:

So hätte der Vorhabenträger entsprechend der Regelungen in § 18 Abs. Straßengesetz für das Land Sachsen-Anhalt (StrG LSA) die bestehende Zufahrt (zur K1088) so zu unterhalten, dass diese den Anforderungen der Sicherheit und Ordnung sowie den anerkannten Regeln der Technik

genüge. Arbeiten an der Straße bedürften der Zustimmung des Altmarkkreises Salzwedel als zuständige Straßenbaubehörde. Weiterhin wird auf die Befugnisse der Baubehörde gem. § 22 Abs. 7 StrG und die Verursacherpflichten gem. § 17 StrG verwiesen.

Die Stadt Kalbe (Milde) hat sich nicht geäußert.

Mit Schreiben vom 17.09.2020 wurde dem LAGB ein artenschutzrechtlicher Fachbeitrag vorgelegt. Dieser umfasst bereits die geplanten Erweiterungsflächen.

Der Antragstellerin wurde Gelegenheit gegeben, sich zu den für die Entscheidung erheblichen Tatsachen zu äußern.

Mit Schreiben vom 30.09.2020 hat sich die Antragstellerin zu der Entscheidung wie folgt geäußert:

Nebenbestimmung 1:

Die Antragstellerin bitte um Überprüfung der Sicherheitsleistungen. Die Gestaltung der Böschungen würde kontinuierlich mit Fortgang des Abbaus erfolgen, so dass das Bearbeitungsvolumen für die Böschungsgestaltung von 2.000 m³ eingeschätzt wird. Weiterhin lägen aus Sicht der Antragstellerin keine Umsetzungsschulden von Bepflanzungen aus dem ursprünglichen Rekultivierungsplan vor. Die aktuelle Sicherheitsleistung sei beizubehalten.

II.

Das LAGB ist im Land Sachsen-Anhalt die zuständige Behörde für die Zulassung des beantragten Betriebsplanes nach dem BBergG.

Im Zulassungsverfahren wurden gemäß § 54 Abs. 2 BBergG der Altmarkkreis Salzwedel und die Stadt Kalbe (Milde) als Planungsträger beteiligt. Eine Beteiligung weiterer Behörden oder Gemeinden war nicht erforderlich, da deren Aufgabengebiet nicht betroffen ist.

Die Antragstellerin wurde gemäß § 1 Abs. 1 Satz 1 VwVfG LSA i.V.m. § 28 VwVfG angehört.

Gemäß § 55 Abs. 1 BBergG ist die beantragte Betriebsplanzulassung zu erteilen, wenn die dort genannten Zulassungsvoraussetzungen erfüllt sind.

Die Prüfung der Antragsunterlage gemäß § 55 Abs. 1 BBergG hat ergeben, dass die Zulassungsvoraussetzungen vorliegen bzw. durch die Aufnahme von Nebenbestimmungen in den Zulassungsbescheid sichergestellt werden können.

Bergbauberechtigung gemäß § 55 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BBergG

Die mit der o.g. Antragsunterlage beabsichtigte Weiterführung der Gewinnungsarbeiten im Kiessandtagebau Bühne bewegt sich innerhalb des Bergwerkeigentumsfeldes „Bühne“ (BWE). Die Antragstellerin ist Inhaberin des BWE und somit auch Inhaberin der erforderlichen Gewinnungsberechtigung.

Eignung und Zuverlässigkeit gemäß § 55 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BBergG

Zweifel an der Zuverlässigkeit bzw. fachlichen und körperlichen Eignung der vertretungsberechtigten Personen Nr. 2a) bzw. bestellten Personen Nr. 2b) sind nicht vorhanden.

Arbeitsschutz und Betriebssicherheit gemäß § 55 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BBergG

Durch die Festlegungen im Hauptbetriebsplan wird sichergestellt, dass beim Gewinnungsbetrieb

sowohl die Einhaltung der einschlägigen bergrechtlichen Vorschriften wie auch der allgemeinen anerkannten Regeln der Sicherheitstechnik, u.a. die Einhaltung bestehender Richtwerte zu Staub und Lärm, Verwendung von Geräten sowie Einhaltung der gültigen Arbeitsschutzvorschriften, gewährleistet ist. Dies betrifft insbesondere auch die erforderliche Vorsorge gegen Gefahren für Leben, Gesundheit und zum Schutz von Sachgütern, Beschäftigter und Dritter im Betrieb.

Keine Beeinträchtigung anderer Bodenschätze gemäß § 55 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 BBergG

Eine Beeinträchtigung von Bodenschätzen, deren Schutz im öffentlichen Interesse liegt, erfolgt nicht.

Schutz der Oberfläche im Interesse der persönlichen Sicherheit und des öffentlichen Verkehrs gemäß § 55 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 BBergG

Dem Schutz der Oberfläche im Interesse der persönlichen Sicherheit und des öffentlichen Verkehrs trägt der Betriebsplan Rechnung. Die Antragstellerin hat Vorsorge getroffen, dass mit dem Gewinnungsbetrieb keine Veränderungen der Erdoberfläche eintreten, durch die die körperliche Unversehrtheit von Personen bedroht wird bzw. wird dies durch Nebenbestimmungen sichergestellt. Der geplante Abbau gefährdet oder behindert nicht den öffentlichen Verkehr.

Ordnungsgemäße Beseitigung anfallender Abfälle gemäß § 55 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 BBergG

Im Rahmen der Bergbautätigkeit anfallende Abfälle werden, soweit diese nicht vermeiden werden können, verwertet. Sonstige im Betrieb anfallende Abfälle, die nicht zu verwerten sind, werden ordnungsgemäß und schadlos beseitigt.

Wiedernutzbarmachung der Oberfläche gemäß § 55 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 BBergG

Die Antragstellerin hat die erforderliche Vorsorge zur Wiedernutzbarmachung getroffen und detaillierte Maßnahmen vorgesehen, um die durch den Abbau in Anspruch genommene Fläche nach Beendigung des Vorhabens einer Wiedernutzbarmachung zuzuführen. Zur Sicherung der tatsächlichen Vornahme dieser Arbeiten wird eine Sicherheitsleistung verlangt.

Schutz anderer Bergbaubetriebe gemäß § 55 Abs. 1 Satz 1 Nr. 8 BBergG

Im Vorhabensbereich sind keine anderen Bergbaubetriebe tätig, deren Sicherheit durch die vorgesehenen Arbeiten berührt oder beeinträchtigt werden

Keine gemeinschädlichen Einwirkungen der Aufsuchung und Gewinnung gemäß § 55 Abs. 1 Satz 1 Nr. 9 BBergG

Auch sind gemeinschädliche Auswirkungen der Gewinnung nicht zu befürchten. Gemeinschädliche Auswirkungen sind ursächlich auf die Aufsuchung oder Gewinnung zurückzuführen, nicht unerhebliche Beeinträchtigungen. Ein Gemeinschaften liegt danach nicht schon dann vor, wenn ein Einzelner geschädigt wird, sondern es muss ein Schaden entweder Leben oder Gesundheit von Menschen betreffen oder aber Sachgüter von hohem Wert, durch deren Zerstörung oder Veränderung das Gemeinwohl beeinträchtigt würde. Dies kann nach heutigem Kenntnisstand bei Einhaltung der Nebenbestimmungen ausgeschlossen werden.

Überwiegende öffentliche Interessen gemäß § 48 Abs. 2 BBergG stehen dem Vorhaben nicht entgegen oder können durch entsprechende Nebenbestimmungen gewahrt bleiben.

Die beteiligten Behörden haben in ihren Stellungnahmen keine Beschränkungs- und Untersa-

gungsgründe vorgebracht. Belange des vorsorgenden Umweltschutzes konnten nicht ermittelt werden.

Die Stadt Kalbe (Milde) hat sich in einer angemessenen Frist nicht zu dem Vorhaben geäußert, so dass davon ausgegangen wird, dass keine Einwände bestehen.

Der artenschutzrechtliche Fachbeitrag ist fachlich schlüssig. Es erfolgte eine Bestandsaufnahme der betroffenen Arten, eine Relevanzprüfung und vertiefende Konfliktanalyse. Vermeidungsmaßnahmen wurden festgelegt sowie vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen beschrieben.

Diese Betriebsplanzulassung wurde unter Ausübung pflichtgemäßen Ermessens mit Nebenbestimmungen versehen, um die Zulassungsvoraussetzungen nach § 55 Abs. 1 BBergG sicherzustellen.

Die in der Anhörung vorgetragenen Einwände werden teilweise stattgegeben. In der Nebenbestimmung 1 wird für die Böschungsendgestaltung ein Volumen von 2.000 m³ berücksichtigt.

Mit der Gewinnung von Rohstoffen im Kiessandtagebau Bühne findet ein Eingriff in Natur und Landschaft statt. Dieser Eingriff ist auszugleichen. Die im landschaftspflegerischen Begleitplan (LBP) genannten Kompensationsmaßnahmen sind umzusetzen. Die Kosten dafür wurden im LBP benannt. Daher bleiben die Kosten für Pflanzmaßnahmen bei der Berechnung der Sicherheitsleistung weiterhin berücksichtigt.

Die Nebenbestimmungen wurden zur Sicherstellung der Zulassungsvoraussetzungen nach § 55 Abs. 1 Nr. 3 bis 9 BBergG aufgenommen und begründen sich im Einzelnen wie folgt:

Nebenbestimmung 1:

Die Betriebsplanzulassung wurde gemäß § 56 Abs. 2 BBergG von der Leistung einer Sicherheit abhängig gemacht, da sie erforderlich ist, um die Erfüllung der in § 55 Abs. 1 Nr. 3 bis 13 und Abs. 2 BBergG genannten Voraussetzungen zu sichern.

Die Leistung einer Sicherheit ist in diesem Fall zur Absicherung der Erfüllung der sich aus der Betriebsplanzulassung ergebenden öffentlich-rechtlichen Pflichten erforderlich. Aufgrund des Ausmaßes des Gesamtvorhabens und des damit verbundenen Eingriffs mit entsprechend hohen Kosten für die (Wieder-)Herstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, ist nicht auszuschließen, dass im Zeitpunkt der Notwendigkeit der Vornahme der diesbezüglichen Maßnahmen die dafür notwendigen Mittel tatsächlich nicht in ausreichendem Maße bereitstehen werden. Ein Nachweis ausreichender finanzieller Eigenvorsorge wurde nicht erbracht.

Zwar liegen im Moment keine Anhaltspunkte vor, die Zweifel an der Wirtschaftskraft rechtfertigen würden. Allein dieser Umstand lässt aber die Erforderlichkeit der Sicherheitsleistung nicht wegfallen. Relevant für die Beurteilung der Gefahr einer Zahlungsunfähigkeit ist nicht die gegenwärtige wirtschaftliche Situation, sondern die voraussichtliche finanzielle Lage in dem Moment, in dem das Bergbauvorhaben beendet werden soll und die Einstellungsarbeiten anstehen (vgl. OVG Magdeburg, Urteil vom 17.05.2017, 2 L 126/15; OVG Thüringen, Urteil vom 08.06.2011, 1 KO 704/07).

In die Prognose zur Erforderlichkeit der Sicherheitsleistung können neben der Wirtschaftskraft des Unternehmens auch allgemeine Erfahrungen, die wirtschaftliche Gesamtsituation oder andere Gesichtspunkte für die Entscheidungsfindung einfließen (vgl. OVG Magdeburg, Urteil vom 17.05.2017, 2 L 126/15; OVG Thüringen, Urteil vom 08.06.2011, 1 KO 704/07;

Boldt/Weller/Kühne/Von Mäßenhausen, BBergG, 2. Auflage 2015, § 56 Rn. 34).

Sind die Tatbestandsvoraussetzungen des § 56 Abs. 2 S. 1 BBergG erfüllt, steht die Forderung einer Sicherheitsleistung dem Grunde („Ob“) als auch der Art und Höhe („Wie“) nach im Ermessen der Behörde (vgl. OVG Magdeburg, Urteil vom 17.05.2017; OVG Thüringen, Urteil vom 08.06.2011, 1 KO 704/07). Im Interesse einer gleichmäßigen Verwaltungspraxis darf das Ermessen durch Verwaltungsvorschriften konkretisiert werden, die die Behörde, vorbehaltlich wesentlicher Besonderheiten des Einzelfalls, intern binden und bei entsprechender Umsetzung deren eigene Ermessensausübung ausmachen (vgl. u.a. BVerwG, Urteil vom 13.03.2008, 7 C 44/07; OVG Magdeburg, Urteil vom 25.10.2012, 2 L 87/11 m.w.N.).

Nach der Hausverfügung des LAGB zur Erhebung und Verwertung von Sicherheitsleistungen gem. § 56 Abs. 2 BBergG ist in der Regel eine Sicherheitsleistung zu verlangen und nur in atypischen Fällen davon abzusehen. Derartige Gründe sind jedoch nicht erkennbar. Auch der im Rahmen des Ermessens zu beachtende Grundsatz der Verhältnismäßigkeit erfordert nicht, von der Sicherheitsleistung abzusehen.

Angesichts der aktuellen Erfahrungen im Zusammenhang mit einer Reihe von außerplanmäßigen Betriebseinstellungen von Bergbauunternehmen (Insolvenzen, Liquidationen), der derzeitigen wirtschaftlichen Gesamtsituation und der internationalen Finanzlage werden in der Regel alle Betriebsplanzulassungen von der Leistung einer Sicherheitsleistung abhängig gemacht, um den Landeshaushalt von anfallenden Ersatzvornahmekosten im Falle der Nichterfüllung der Pflichten durch den Unternehmer weitgehend freizuhalten. Es liegen keine Anhaltspunkte vor, die hier eine Ausnahme zwingend erfordern.

Auch in einer Gesamteinschätzung vermögen angesichts der genannten Gründe die berechtigten Interessen des Unternehmens an der Nichterhebung einer Sicherheitsleistung wegen der damit verbundenen durchaus gravierenden finanziellen und wirtschaftlichen Belastungen nicht zu einer anderen Entscheidung führen. Insofern ist dem LAGB die wirtschaftliche Tragweite durchaus bewusst. Das Verlangen nach Sicherheitsleistung ist verhältnismäßig.

Mit den weiterhin geregelten Anforderungen an eine Bürgschaft soll sichergestellt werden, dass die Zulassungsvoraussetzungen in § 55 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 bis 13 und Abs. 2 BBergG auch bei Eintritt des Sicherungsfalls eingehalten werden, indem ein ungehinderter Zugriff auf die Bürgschaftssumme gewährleistet wird und die Kosten einer nötigen Ersatzvornahme nicht der Allgemeinheit zur Last fallen. Bedingte, widerrufliche oder ordentlich kündbare Bürgschaften werden dem ebenso nicht gerecht, wie solche, die die Einreden der Anfechtbarkeit, der Aufrechenbarkeit wegen bestrittener oder nicht rechtskräftig festgestellter Forderungen und der Vorausklage gem. §§ 770, 771 BGB zulassen.

Die Bürgschaft muss unbefristet sein, da sie den gesamten und oftmals ungewissen Zeitraum bis zum endgültigen Abschluss der Betriebseinstellung abdecken muss. Befristete Bürgschaften sind deshalb nicht geeignet, den Sicherungszweck des § 56 Abs. 2 BBergG zu erfüllen (vgl. OVG Thüringen, Urteil vom 08.06.2011, 1 KO 707/07).

Im Rahmen des eröffneten Ermessens werden zudem nur Bürgschaften auf erstes Anfordern akzeptiert. Die Sicherheitsleistung dient der Deckung der Kosten, die dem Landeshaushalt im Falle einer Ersatzvornahme entstehen können, wenn der Unternehmer seinen Pflichten nicht nach-

kommen kann. Nur wenn der Zugriff auf die Sicherheitsleistung zum Zeitpunkt der Ersatzvornahme möglich ist, kann dieser Sicherungszweck erfüllt werden. Eine Bürgschaft, die nicht auf erstes Anfordern zahlbar ist, wird dem nicht vollkommen gerecht. Durch Bestreiten der Forderungen kann die Auszahlung der Bürgschaft verzögert werden, mit der Folge, dass die erforderlichen Mittel im Zeitpunkt der Ersatzvornahme nicht vorhanden sind und auf Kosten der Allgemeinheit aus dem Landeshaushalt gedeckt werden müssen (vgl. OVG Magdeburg, Urteil vom 17.05.2017, 2 L 126/15).

Der Vorbehalt der Erhöhung der Sicherheitsleistung im Fall allgemeiner Kostensteigerungen (Preisindizes) findet seine Grundlage in § 5 BBergG i.V.m. §§ 1 Abs. 1 S. 1 VwVfG LSA i.V.m. 36 Abs. 2 Nr. 3 und 5 VwVfG.

Die Höhe der Sicherheitsleistung wurde ebenfalls unter Ausübung pflichtgemäßen Ermessens im Hinblick auf die Kosten, die für die Erfüllung der Unternehmerpflichten erforderlich werden, anhand folgender Berechnung ermittelt:

Flächenbezeichnung	Volumen	Kosten	Summe in €
Böschungsendgestaltung einzelner Bereiche	2.000 m ³	10 €/m ³	20.000
Pflanzung		lt. LBP	50.000
Rückbau Tankanlage/Entsorgung	100 m ²	15 €/m ²	1.500
Summe			71.000

Betrag wurde auf volle 1000 € abgerundet.

Sofern als Form der Sicherheitsleistung die Hinterlegung einer Bankbürgschaft vorgesehen ist, muss diese u.a. unbefristet sein. Befristete Bürgschaften können nicht zugelassen werden, da diese nicht geeignet sind, den Sicherungszweck zu erfüllen.

Im Rahmen des eröffneten Ermessens werden nur Bürgschaften auf erstes Anfordern akzeptiert. Die Sicherheitsleistung dient der Deckung der Kosten, die dem Landeshaushalt im Falle einer Ersatzvornahme entstehen können, wenn der Unternehmer seinen Pflichten nicht nachkommen kann. Nur wenn der Zugriff auf die Sicherheitsleistung zum Zeitpunkt der Ersatzvornahme möglich ist, kann dieser Sicherungszweck erfüllt werden. Eine Bürgschaft, die nicht auf erstes Anfordern zahlbar ist, wird dem nicht vollkommen gerecht. Durch Bestreiten der Forderungen kann die Auszahlung der Bürgschaft verzögert werden, mit der Folge, dass die erforderlichen Mittel im Zeitpunkt der Ersatzvornahme nicht vorhanden sind und auf Kosten der Allgemeinheit aus dem Landeshaushalt gedeckt werden muss.

Nebenbestimmung 2:

Die Nebenbestimmung 2 dient zur Sicherstellung der Zulassungsvoraussetzung § 55 Abs. 1 Nr. 3 BBergG. Die genannte Tankanlage wurde am 22.03.2010 stillgelegt.

Nebenbestimmung 3:

Die Nebenbestimmung dient zur Wahrung von § 44 BNatSchG i.V.m. § 48 Abs. 2 BBergG.

Kostenentscheidung

Die Verlängerung des Hauptbetriebsplanes ist gebührenpflichtig. Grundlage für die Kostenent-

scheidung ist § 5 BBergG i.V.m. §§ 1, 3, 5, 7 und 10 VwKostG LSA und der AllGO LSA, Anhang lfd. Nr. 5 Ziffer 2.4.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Magdeburg in Magdeburg erhoben werden.

Hinweise

1. Die Nebenbestimmungen und Hinweise aus der vorangegangenen Zulassung zum Hauptbetriebsplan behalten Gültigkeit, sofern in den Nebenbestimmungen nichts Abweichendes geregelt wird.
2. Auf die Einhaltung des Naturschutzgesetzes, insbesondere der § 39 und 44 BNatSchG, wird hingewiesen.
3. Die Antragstellerin hat entsprechend der Regelungen in § 18 Abs. 4 Straßengesetz für das Land Sachsen-Anhalt die bestehende Zufahrt so zu unterhalten, dass die Anforderungen der Sicherheit und Ordnung sowie die anerkannten Regeln der Technik genügt. Arbeiten an der Straße bedürfen der Zustimmung des Altmarkkreises Salzwedel als zuständige Straßenbaubehörde.
4. Bei Vorlage der unter Nebenbestimmung 1 geforderten Sicherheitsleistung wird dem Hauptschuldner oder der Bürgin die dem LAGB vorliegende Bankbürgschaft zurückgegeben.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Winkler

Anlagen

Anlage 1 Nebenbestimmungen

nachrichtlich an:

Altmarkkreis Salzwedel, Karl-Marx-Str. 32, 29410 Salzwedel

Stadt Kalbe (Milde), Schulstraße 11, 39624 Kalbe (Milde)

Anlage 1

Nebenbestimmungen

1. Für die Zulassung des Betriebsplanes ist eine Sicherheitsleistung zu hinterlegen.

Die Höhe der Sicherheitsleistung wird auf

71.000,00 Euro

(einundsiebzigtausend Euro)

festgelegt.

Die Sicherheitsleistung ist dem LAGB bis zum 31.12.2020 vorzulegen.

Bei Nichteinhaltung dieser Nebenbestimmung erlischt die Zulassung.

Für den Fall, dass die Hinterlegung einer Bankbürgschaft vorgesehen ist, muss diese auf erstes Anfordern erteilt werden, unbedingt, unbefristet, unwiderruflich und unter Verzicht auf die Einreden der Anfechtbarkeit, der Aufrechenbarkeit wegen bestrittener oder nicht rechtskräftig festgestellter Forderungen und der Vorausklage gem. §§ 770, 771 BGB erteilt sein. Eine Erhöhung der Sicherheitsleistung infolge von Kostensteigerung bleibt vorbehalten. Mit fortschreitender Herstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung besteht die Möglichkeit, die Sicherheitsleistung sukzessive zu reduzieren. Über die Reduzierung der Sicherheitsleistung entscheidet das LAGB auf Antrag.

2. Die Angaben unter Punkt 4.2.4 im Hauptbetriebsplan zur Tankanlage sind zu überarbeiten. Dem LAGB sind bis zum 31.10.2020 die aktuellen Daten zu übermitteln.
3. Die im artenschutzrechtlichen Fachbeitrag genannten Vermeidungsmaßnahmen sind einzuhalten.



SACHSEN-ANHALT

Landesamt für
Geologie und Bergwesen

Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt
Postfach 156 • 06035 Halle / Saale

Dezernat 41
Steine- und Erdenbergbau

VDR Sand- und Kiesgewinnungsgesellschaft mbH
Solinger Str. 4
40764 Langenfeld

EINGANG

8. JUNI 2006

Kiessandtagebau Bühne - Sonderbetriebsplan Aufbereitungsanlage

Ihr Zeichen:

30. Mai 2006
41-34215-5097-4772/2006

Herr Becker
Durchwahl 0345/5212220

Betriebsplanzulassung

I. Entscheidung

1. Aufgrund der §§ 51 ff. - insbesondere §§ 55/56 - des Bundesberggesetzes (BBergG) wird der o. g. Sonderbetriebsplan zugelassen.
2. Die Zulassung ergeht für die in Abschnitt II. aufgeführten Antragsunterlagen unter Einhaltung der in Abschnitt III. genannten Nebenbestimmungen.
3. Diese Entscheidung ist gebührenpflichtig. Die Höhe der von der Antragstellerin zu entrichtenden Gebühr ergibt sich aus dem gesondert zugehenden Kostenfestsetzungsbescheid.

II. Unterlagen

Sonderbetriebsplan Aufbereitungsanlage vom 08. März 2006 für den Kiessandtagebau Bühne

III. Nebenbestimmungen

1. Bedingung

- 1.1 Diese Entscheidung gilt nur in Verbindung mit einem zugelassenen Hauptbetriebsplan für den Kiessandtagebau Bühne.

Köthener Str. 34
06118 Halle / Saale
Telefon (0345) 5212-0
Telefax (0345) 522 99 10

E-Mail:
poststelle@lagb.mw.lsa-net.de
Internet:
www.mw.sachsen-anhalt.de/gla

Landeszentralkasse Dessau
Deutsche Bundesbank
Fil. Magdeburg
BLZ 810 000 00
KTO 810 015 00

IBAN DE 21 8100 0000 00 8100 1500
BIC MARKDEF1810

1.2 Dem LAGB ist vor der Inbetriebnahme der Aufbereitungsanlage eine Statikprüfung der Anlage, einschließlich Fundament, durch einen sachverständigen Prüfer vorzulegen. Die Unterlagen der Aufbereitungsanlage sind dem LAGB vorzulegen und werden dem Antragsteller wieder übergeben.

1.3 Als Sicherheitsleistung für die Wiedernutzbarmachung des in Anspruch genommenen Geländes ist eine selbstschuldnerische, unbefristete, unwiderrufliche und unter Verzicht auf die Einrede der Vorausklage erteilten Bankbürgschaft einer als Steuerbürgin zugelassenen Bank beim Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt (LAGB) in Höhe von

14.000,00 Euro
(in Worten vierzehntausend Euro)

bis zum 31. Juli 2006 zu hinterlegen.

Eine Erhöhung der Sicherheitsleistung infolge von Kostensteigerung bleibt vorbehalten.

2. Befristung

Die Betriebsplanzulassung ist unbefristet.

3. Auflagen

3.1 Die bergbaulichen Arbeiten und Maßnahmen sind so durchzuführen, dass keine gemeinschädlichen Auswirkungen auf den Grundwasserhaushalt erfolgen. Weiterhin ist durch den sorgfältigen Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sowie entsprechenden technischen Sicherungsmaßnahmen Sorge dafür zu tragen, dass nachteilige Auswirkungen auf das Grundwasser nicht auftreten können. Die zum Betreiben der Maschinen und Aggregate verwendeten Fette und Öle sind ordnungsgemäß und unter Nachweisführung zu entsorgen.

3.2 Für den Fall von Havarien sind ausreichend Ölbindemittel bereitzuhalten. Verunreinigtes Erdreich ist umgehend aufzunehmen und entsprechend den gültigen Bestimmungen zu entsorgen.

3.3 Die eingesetzten Geräte haben dem Stand der Technik und den gesetzlichen Bestimmungen zu entsprechen. Die vom Hersteller der Techniken vorgegebenen Prüfristen/Durchsichten sind einzuhalten. Nachweise und Protokolle darüber sind aufzubewahren und auf Verlangen vorzulegen.

3.4 Durch das Unternehmen sind der Gesundheits-, Arbeitsschutz sowie die technische Sicherheit zu gewährleisten. Werden Fremdfirmen für Arbeiten im Bergbaubetrieb eingesetzt, sind entsprechende vertragliche Regelungen zu treffen, die die Aufgabenbereiche und die Verantwortlichkeiten zum Gesundheits-, Arbeitsschutz- und Brandschutz regeln.

IV. Hinweise

1. Die Zulassung gilt nur für die im Betriebsplan aufgeführten Arbeiten und Maßnahmen, sofern durch die vorstehenden Nebenbestimmungen nichts Einschränkendes verfügt wurde. Änderun-

gen bzw. Ergänzungen des Betriebsplanes sind dem LAGB vor Beginn der vorgesehenen Maßnahmen rechtzeitig zur Zulassung einzureichen. Der Unternehmer hat sicherzustellen, dass für die im Rahmen der bergbaulichen Arbeiten in Anspruch genommenen Grundstücke Eigentums- bzw. Nutzungsrechte durch das Unternehmen erworben wurden. Beeinträchtigungen angrenzender Grundstücke Dritter sind auszuschließen.

2. Alle Betriebsanlagen und Betriebseinrichtungen sind nach den bergrechtlichen Bestimmungen und sonstigen Arbeitsschutzvorschriften zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten. Es gilt die ABergV. Insbesondere wird auf die Einhaltung der §§ 12 bis 14 ABergV hingewiesen.

3. Die Durchführung der im Betriebsplan aufgeführten Arbeiten und der damit verbundene Betrieb von Anlagen und Geräten hat so zu erfolgen, dass schädliche Umwelteinwirkungen verhindert werden, die nach Stand der Technik vermeidbar sind. Nach dem Stand der Technik unvermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen sind auf ein Mindestmaß zu beschränken.

4. Auf Grundlage der Bergverordnung für alle bergbaulichen Bereiche (Allgemeine Bundesbergverordnung – ABergV) ist ein Sicherheits- und Gesundheitsschutzdokument zu erarbeiten. Dieses Dokument ist entsprechend dem Sonderbetriebsplan zu ergänzen, hat im Betrieb vorzuliegen und ist auf Verlangen dem LAGB vorzulegen.

5. Vor der Inbetriebnahme hat gemäß § 30 der Elektro-Bergverordnung eine Prüfung zu erfolgen.

V. Begründung

Die VDR Sand- und Kiesgewinnungsgesellschaft mbH beantragte die Zulassung des vorliegenden Sonderbetriebsplanes Aufbereitungsanlage im Kiessandtagebau Bühne.

Das Zulassungsverfahren für den Sonderbetriebsplan richtet sich nach § 54 BBergG. Die Vorschrift regelt die Vorlage bergrechtlicher Betriebspläne durch den Unternehmer sowie eine durch die Bergbehörde durchzuführende Beteiligung von Behörden, deren Aufgabenbereich durch die im Betriebsplan vorgesehene Maßnahme berührt werden, sowie der Gemeinde als Planungsträger. Dieser Regelung folgend hat das LAGB am Zulassungsverfahren keine andere Behörde beteiligt, da deren Belange nicht betroffen sind.

Die Prüfung des vorliegenden Sonderbetriebsplanes für die Weiterführung der bergbaulichen Arbeiten und Maßnahmen im Kiessandtagebau Bühne hat ergeben, dass die Zulassungsvoraussetzungen vorliegen bzw. durch die Aufnahme von Nebenbestimmungen in die Entscheidung geschaffen werden. Mit den in die Entscheidung aufgenommenen Nebenbestimmungen werden die bergrechtlichen Zulassungsvoraussetzungen sichergestellt.

Diese Betriebsplanzulassung wurde mit Nebenbestimmungen versehen, um eine ordnungsgemäße Durchführung der bergbaulichen Arbeiten sicherzustellen und um Schäden in der Umwelt oder andere nachteilige Folgen zu vermeiden. Des Weiteren dienen die Nebenbestimmungen der erforderlichen Vorsorge gegen Gefahren für Leben, Gesundheit und zum Schutz von Sachgütern Beschäftigter und Dritter im Betrieb.

Die Prüfung des vorliegenden Sonderbetriebsplanes ergab, dass bei Einhaltung der Nebenbestimmungen keine Versagensgründe im Sinne des § 48 Abs. 2 und § 55 BBergG bestehen. Damit ist der vorliegende Sonderbetriebsplan zuzulassen. Die in den Nebenbestimmungen enthaltenen Maßnahmen dienen der Sicherstellung der in § 55 BBergG aufgeführten Voraussetzungen.

Die dem LAGB vorzulegende Sicherheitsleistung dient entsprechend § 56 Abs. 2 BBergG dazu,

die in § 55 BBergG genannten Voraussetzungen für die Zulassung des Betriebsplanes abzusichern; d.h., sie ist so hoch bemessen, dass das LAGB im Stande ist, alle Kosten durch etwaige erforderliche Anordnungen von Ersatzmaßnahmen damit abzudecken, falls die Antragstellerin zu einem Zeitpunkt nicht mehr in der Lage ist, im erforderlichen Umfang die zugelassenen Tätigkeiten weiter auszuführen und die Zulassungsvoraussetzungen des Betriebsplanes zu erfüllen.

Der Antragstellerin ist die Auffassung des LAGB über die Sach- und Rechtslage bereits bekannt, so dass die Gründe für den Erlass der Nebenbestimmungen für diese auch ohne schriftliche Begründung.

Die Entscheidung über die Zulassung des o.g. Sonderbetriebsplanes ist gebührenpflichtig. Grundlagen der Kostenentscheidung sind § 5 BBergG i.V.m. §§ 1, 3, 5, 7 und 10 VwKostG LSA und die ALLGO LSA lfd. Nr. 30 Ziffer 3.1.5.

VI. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist schriftlich beim Verwaltungsgericht Magdeburg, Schönebecker Straße 67 a in 39135 Magdeburg oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts einzulegen.

Im Auftrag



Berthold



Anlage: Antragsunterlagen

Verteiler

Verwaltungsgemeinschaft Kalbe (Milde)

PF 1

39621 Kalbe (Milde)

Altmarkkreis Salzwedel

PF 24

39401 Salzwedel



SACHSEN-ANHALT

Landesamt für
Geologie und BergwesenLandesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt
Postfach 156 • 06035 Halle / SaaleDezernat 41
Steine- und ErdenbergbauVDR Sand- und Kiesgewinnungsgesellschaft mbH
Solinger Str. 4
40764 Langenfeld

EINGANG

8. JUNI 2006

Kiessandtagebau Bühne - Sonderbetriebsplan Aufbereitungsanlage

Ihr Zeichen:

30. Mär. 2006
41-34215-5097-4772/2006Herr Becker
Durchwahl 0345/5212220

Betriebsplanzulassung

I. Entscheidung

1. Aufgrund der §§ 51 ff. - insbesondere §§ 55/56 - des Bundesberggesetzes (BBergG) wird der o. g. Sonderbetriebsplan zugelassen.
2. Die Zulassung ergeht für die in Abschnitt II. aufgeführten Antragsunterlagen unter Einhaltung der in Abschnitt III. genannten Nebenbestimmungen.
3. Diese Entscheidung ist gebührenpflichtig. Die Höhe der von der Antragstellerin zu entrichtenden Gebühr ergibt sich aus dem gesondert zugehenden Kostenfestsetzungsbescheid.

II. Unterlagen

Sonderbetriebsplan Aufbereitungsanlage vom 08. März 2006 für den Kiessandtagebau Bühne

III. Nebenbestimmungen

1. Bedingung

- 1.1 Diese Entscheidung gilt nur in Verbindung mit einem zugelassenen Hauptbetriebsplan für den Kiessandtagebau Bühne.

Köthener Str. 34
06118 Halle / Saale
Telefon (0345) 5212-0
Telefax (0345) 522 99 10E-Mail:
poststelle@lagb.mw.lsa-net.de
Internet:
www.mw.sachsen-anhalt.de/glaLandeszentralkasse Dessau
Deutsche Bundesbank
Fil. Magdeburg
BLZ 810 000 00
KTO 810 015 00IBAN DE 21 8100 0000 00 8100 1500
BIC MARKDEF1810

1.2 Dem LAGB ist vor der Inbetriebnahme der Aufbereitungsanlage eine Statikprüfung der Anlage, einschließlich Fundament, durch einen sachverständigen Prüfer vorzulegen. Die Unterlagen der Aufbereitungsanlage sind dem LAGB vorzulegen und werden dem Antragsteller wieder übergeben.

1.3 Als Sicherheitsleistung für die Wiedernutzbarmachung des in Anspruch genommenen Geländes ist eine selbstschuldnerische, unbefristete, unwiderrufliche und unter Verzicht auf die Einrede der Vorausklage erteilten Bankbürgschaft einer als Steuerbürgin zugelassenen Bank beim Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt (LAGB) in Höhe von

14.000,00 Euro
(in Worten vierzehntausend Euro)

bis zum 31. Juli 2006 zu hinterlegen.

Eine Erhöhung der Sicherheitsleistung infolge von Kostensteigerung bleibt vorbehalten.

2. Befristung

Die Betriebsplanzulassung ist unbefristet.

3. Auflagen

3.1 Die bergbaulichen Arbeiten und Maßnahmen sind so durchzuführen, dass keine gemeinschädlichen Auswirkungen auf den Grundwasserhaushalt erfolgen. Weiterhin ist durch den sorgfältigen Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sowie entsprechenden technischen Sicherungsmaßnahmen Sorge dafür zu tragen, dass nachteilige Auswirkungen auf das Grundwasser nicht auftreten können. Die zum Betreiben der Maschinen und Aggregate verwendeten Fette und Öle sind ordnungsgemäß und unter Nachweisführung zu entsorgen.

3.2 Für den Fall von Havarien sind ausreichend Ölbindemittel bereitzuhalten. Verunreinigtes Erdreich ist umgehend aufzunehmen und entsprechend den gültigen Bestimmungen zu entsorgen.

3.3 Die eingesetzten Geräte haben dem Stand der Technik und den gesetzlichen Bestimmungen zu entsprechen. Die vom Hersteller der Techniken vorgegebenen Prüffristen/Durchsichten sind einzuhalten. Nachweise und Protokolle darüber sind aufzubewahren und auf Verlangen vorzulegen.

3.4 Durch das Unternehmen sind der Gesundheits-, Arbeitsschutz sowie die technische Sicherheit zu gewährleisten. Werden Fremdfirmen für Arbeiten im Bergbaubetrieb eingesetzt, sind entsprechende vertragliche Regelungen zu treffen, die die Aufgabenbereiche und die Verantwortlichkeiten zum Gesundheits-, Arbeitsschutz- und Brandschutz regeln.

IV. Hinweise

1. Die Zulassung gilt nur für die im Betriebsplan aufgeführten Arbeiten und Maßnahmen, sofern durch die vorstehenden Nebenbestimmungen nichts Einschränkendes verfügt wurde. Änderun-

gen bzw. Ergänzungen des Betriebsplanes sind dem LAGB vor Beginn der vorgesehenen Maßnahmen rechtzeitig zur Zulassung einzureichen. Der Unternehmer hat sicherzustellen, dass für die im Rahmen der bergbaulichen Arbeiten in Anspruch genommenen Grundstücke Eigentums- bzw. Nutzungsrechte durch das Unternehmen erworben wurden. Beeinträchtigungen angrenzender Grundstücke Dritter sind auszuschließen.

2. Alle Betriebsanlagen und Betriebseinrichtungen sind nach den bergrechtlichen Bestimmungen und sonstigen Arbeitsschutzvorschriften zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten. Es gilt die ABergV. Insbesondere wird auf die Einhaltung der §§ 12 bis 14 ABergV hingewiesen.

3. Die Durchführung der im Betriebsplan aufgeführten Arbeiten und der damit verbundene Betrieb von Anlagen und Geräten hat so zu erfolgen, dass schädliche Umwelteinwirkungen verhindert werden, die nach Stand der Technik vermeidbar sind. Nach dem Stand der Technik unvermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen sind auf ein Mindestmaß zu beschränken.

4. Auf Grundlage der Bergverordnung für alle bergbaulichen Bereiche (Allgemeine Bundesbergverordnung – ABergV) ist ein Sicherheits- und Gesundheitsschutzdokument zu erarbeiten. Dieses Dokument ist entsprechend dem Sonderbetriebsplan zu ergänzen, hat im Betrieb vorzuliegen und ist auf Verlangen dem LAGB vorzulegen.

5. Vor der Inbetriebnahme hat gemäß § 30 der Elektro-Bergverordnung eine Prüfung zu erfolgen.

V. Begründung

Die VDR Sand- und Kiesgewinnungsgesellschaft mbH beantragte die Zulassung des vorliegenden Sonderbetriebsplanes Aufbereitungsanlage im Kiessandtagebau Bühne.

Das Zulassungsverfahren für den Sonderbetriebsplan richtet sich nach § 54 BBergG. Die Vorschrift regelt die Vorlage bergrechtlicher Betriebspläne durch den Unternehmer sowie eine durch die Bergbehörde durchzuführende Beteiligung von Behörden, deren Aufgabenbereich durch die im Betriebsplan vorgesehene Maßnahme berührt werden, sowie der Gemeinde als Planungsträger. Dieser Regelung folgend hat das LAGB am Zulassungsverfahren keine andere Behörde beteiligt, da deren Belange nicht betroffen sind.

Die Prüfung des vorliegenden Sonderbetriebsplanes für die Weiterführung der bergbaulichen Arbeiten und Maßnahmen im Kiessandtagebau Bühne hat ergeben, dass die Zulassungsvoraussetzungen vorliegen bzw. durch die Aufnahme von Nebenbestimmungen in die Entscheidung geschaffen werden. Mit den in die Entscheidung aufgenommenen Nebenbestimmungen werden die bergrechtlichen Zulassungsvoraussetzungen sichergestellt.

Diese Betriebsplanzulassung wurde mit Nebenbestimmungen versehen, um eine ordnungsgemäße Durchführung der bergbaulichen Arbeiten sicherzustellen und um Schäden in der Umwelt oder andere nachteilige Folgen zu vermeiden. Des Weiteren dienen die Nebenbestimmungen der erforderlichen Vorsorge gegen Gefahren für Leben, Gesundheit und zum Schutz von Sachgütern Beschäftigter und Dritter im Betrieb.

Die Prüfung des vorliegenden Sonderbetriebsplanes ergab, dass bei Einhaltung der Nebenbestimmungen keine Versagensgründe im Sinne des § 48 Abs. 2 und § 55 BBergG bestehen. Damit ist der vorliegende Sonderbetriebsplan zuzulassen. Die in den Nebenbestimmungen enthaltenen Maßnahmen dienen der Sicherstellung der in § 55 BBergG aufgeführten Voraussetzungen.

Die dem LAGB vorzulegende Sicherheitsleistung dient entsprechend § 56 Abs. 2 BBergG dazu,

die in § 55 BBergG genannten Voraussetzungen für die Zulassung des Betriebsplanes abzusichern; d.h., sie ist so hoch bemessen, dass das LAGB im Stande ist, alle Kosten durch etwaige erforderliche Anordnungen von Ersatzmaßnahmen damit abzudecken, falls die Antragstellerin zu einem Zeitpunkt nicht mehr in der Lage ist, im erforderlichen Umfang die zugelassenen Tätigkeiten weiter auszuführen und die Zulassungsvoraussetzungen des Betriebsplanes zu erfüllen.

Der Antragstellerin ist die Auffassung des LAGB über die Sach- und Rechtslage bereits bekannt, so dass die Gründe für den Erlass der Nebenbestimmungen für diese auch ohne schriftliche Begründung.

Die Entscheidung über die Zulassung des o.g. Sonderbetriebsplanes ist gebührenpflichtig. Grundlagen der Kostenentscheidung sind § 5 BBergG i.V.m. §§ 1, 3, 5, 7 und 10 VwKostG LSA und die AllGO LSA lfd. Nr. 30 Ziffer 3.1.5.

VI. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist schriftlich beim Verwaltungsgericht Magdeburg, Schönebecker Straße 67 a in 39135 Magdeburg oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts einzulegen.

Im Auftrag



Berthold



Anlage: Antragsunterlagen

Verteiler

Verwaltungsgemeinschaft Kalbe (Milde)

PF 1

39621 Kalbe (Milde)

Altmarkkreis Salzwedel

PF 24

39401 Salzwedel



SACHSEN-ANHALT

Landesamt für
Geologie und Bergwesen

Dezernat 41

Steine- und Erdenbergbau

Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt
Postfach 156 • 06035 Halle / Saale

VDR Sand- und Kiesgewinnungsgesellschaft mbH
z.H. Herr Kloß
Solinger Str. 4
40764 Langenfeld

Kiessandtagebau Bühne - Sonderbetriebsplan Schwimmgreiferbagger

Ihr Zeichen:

14. 11. 2006
41-34215-5097-15261/2006

Herr Becker
Durchwahl 0345/5212220

Das Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt (LAGB) erlässt folgende

Betriebsplanzulassung

1. Der o.g. Sonderbetriebsplan wird zugelassen.
2. Die Zulassung ergeht mit in der Anlage 1 aufgeführten Nebenbestimmungen.
3. Diese Entscheidung ist gebührenpflichtig. Die Kosten des Verfahrens hat die Antragstellerin zu tragen. Die Höhe der Kosten ergibt sich aus dem gesondert zugehenden Kostenfestsetzungsbescheid.

Begründung

I.

Die VDR Sand- und Kiesgewinnungsgesellschaft mbH beantragte mit Schreiben vom 05. April 2006 die Zulassung des Sonderbetriebsplanes vom 04. April 2006.

Der zur Zulassung beantragte Sonderbetriebsplan wurde keinen anderen Behörden und Gemeinden zur Stellungnahme zugeleitet, da deren Aufgabenbereiche nicht berührt sind.

Mit Schreiben vom 15. Dezember 2006 wurde der Antragstellerin Gelegenheit gegeben, sich zu den für die Entscheidung erheblichen Tatsachen zu äußern.

Köthener Str. 34
06118 Halle / Saale
Telefon (0345) 5212-0
Telefax (0345) 522 99 10

E-Mail:
poststelle@lagb.mw.lsa-net.de
E-Mail-Adresse nur für formlose Mitteilungen ohne elektronische Signatur
Internet:
www.mw.sachsen-anhalt.de/gla

Landeshauptkasse Dessau
Deutsche Bundesbank
Fil. Magdeburg
BLZ 810 000 00
KTO 810 015 00

IBAN DE 21 8100 0000 00 8100 1500
BIC MARKDEF1810

II.

Das LAGB ist die zuständige Behörde für die Zulassung von bergrechtlichen Betriebsplänen im Land Sachsen – Anhalt.

Im Zulassungsverfahren wurde gemäß § 54 Abs. 2 BBergG keine Gemeinde als Planungsträger und keine andere Behörde beteiligt, da deren Aufgabenbereiche nicht berührt sind.

Die Antragstellerin wurde gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 1 VwVfG LSA i.V.m. § 28 VwVfG angehört.

Der Sonderbetriebsplan wurde antragsgemäß zugelassen.

Die Zulassungsvoraussetzungen wurden im Verfahren zum Hauptbetriebsplan geprüft und sind weiter gültig.

Diese Betriebsplanzulassung wurde unter Ausübung pflichtgemäßen Ermessens mit Nebenbestimmungen versehen.

Die Nebenbestimmungen begründen sich im Einzelnen wie folgt:

Nebenbestimmung Nr. 1:

- Die Forderung erfolgt hier nach pflichtgemäßen Ermessen des LAGB. Die Leistung einer Sicherheit ist in diesem Fall zur Absicherung der Wiedernutzbarmachung und der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geeignet, erforderlich und angemessen.

Die Zulassung eines Betriebsplanes kann gemäß § 56 Abs. 2 BBergG von der Leistung einer Sicherheit abhängig gemacht werden, soweit diese erforderlich ist, um die Erfüllung der in § 55 Abs. 1 Nr. 1 bis 13 und Abs. 2 BBergG genannten Voraussetzungen zu sichern.

Die im Zusammenhang mit einer Betriebsplanzulassung von der Bergbehörde erhobene Sicherheitsleistung dient der Erfüllung der in § 55 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 13 und Abs. 2 BBergG genannten Voraussetzungen und ist in § 56 Abs. 2 BBergG geregelt.

Die Festsetzung einer Sicherheitsleistung ist eine Ermessensentscheidung der Behörde. Die Sicherheitsleistung dient der Deckung der Kosten, die dem Landeshaushalt wegen Nichterfüllung der dem Unternehmer obliegenden bergbaulichen Pflichten bei vorzeitiger Betriebsaufgabe oder im Insolvenzfall während der Laufzeit des Betriebsplanes entstehen könnten. Hierbei handelt es sich um Kosten für Maßnahmen zur Gefahrenabwehr und/oder zur Wiedernutzbarmachung.

Zwar liegen im Moment keine Anhaltspunkte vor, die Zweifel an der Wirtschaftskraft des Unternehmers rechtfertigen würden. Allein dieser Umstand lässt aber die Erforderlichkeit der Sicherheitsleistung nicht wegfallen.

Relevant für die Beurteilung der Gefahr einer Zahlungsunfähigkeit ist nicht die gegenwärtige wirtschaftliche Situation, sondern die voraussichtliche finanzielle Lage in dem Moment, in dem das Bergbauvorhaben beendet werden soll und die Einstellungsarbeiten anstehen (vgl. VGH München, Beschluss vom 28. Dezember 1990, 20 CS 89.3551 für das vergleichbare Problem der Sicherheitsleistung bei Abfallentsorgungsanlagen).

Angesichts der aktuellen Erfahrungen im Zusammenhang mit einer Reihe von außerplanmäßigen Betriebseinstellungen von Bergbauunternehmen (Insolvenzen, vereinzelt Liquidationen) und der derzeitigen wirtschaftlichen Gesamtsituation, insbesondere in der Bauindustrie werden alle Be-

triebsplanzulassungen im Grundsatz von der Leistung einer Sicherheitsleistung abhängig gemacht, um den Landeshaushalt von anfallenden Ersatzvornahmekosten im Falle der Nichterfüllung der Pflichten durch den Unternehmer weitgehend freizuhalten. Es liegen keine Anhaltspunkte vor, die hier eine Ausnahme zwingend erfordern. Das Verlangen nach Sicherheitsleistung ist verhältnismäßig.

Die Höhe der Sicherheitsleistung wurde ebenfalls unter Ausübung pflichtgemäßen Ermessens im Hinblick auf die Kosten, die für die Erfüllung der Unternehmerpflichten erforderlich werden, anhand folgender Schätzung ermittelt.

Für eine evtl. notwendige Demontage des Schwimmgreiferbaggers wird in Anlehnung an ähnliche Sonderbetriebsplanzulassungen eine Sicherheitsleistung von 10.000 € erhoben.

Nebenbestimmung Nr. 2:

Die Zulassung des Sonderbetriebsplanes ist abhängig von der jeweiligen Hauptbetriebsplanzulassung. Sie endet jedoch nach Beendigung der Bergaufsicht gemäß § 69 Abs. 2 BBergG.

Nebenbestimmung Nr. 3

Diese Nebenbestimmung wurde zur Sicherstellung der Zulassungsvoraussetzung Nr.3 § 55 (1) BBergG erlassen. Zwar erfolgte eine Prüfung am vorherigen Einsatzort, aber es ist nicht sichergestellt, dass keine Beschädigungen bei Aufbau und Transport erfolgten. Deshalb ist eine Prüfung am jetzigen Einsatzort erforderlich.

Die Zulassung des Sonderbetriebsplanes ist gebührenpflichtig. Grundlage für die Kostenentscheidung ist § 5 BBergG i.V.m. §§ 1,3,5,7 und 10 VwKostG LSA und der AllGO LSA lfd. Nr. 30 Ziffer 3.1.5.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Magdeburg, Schönebecker Straße 67a in 39104 Magdeburg oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden.

Hinweise

Die Zulassung ergeht mit den in der Anlage 2 aufgeführten Hinweisen.

Im Auftrag


Berthold



Seite 4/4

Anlage: Antragsunterlagen

Verteiler

Stadt Kalbe
über VGem Arendsee-Kalbe
Am Markt 3
39619 Arendsee

Altmarkkreis Salzwedel
Karl-Marx-Straße 32
29410 Salzwedel

Anlage 1Nebenbestimmungen

1. Die Zulassung des Betriebsplanes wird gemäß § 56 Abs. 2 BBergG von dem Nachweis einer Sicherheitsleistung abhängig gemacht. Von Ihr darf erst nach Hinterlegung der unten festgelegten Sicherheit Gebrauch gemacht werden.

Die Höhe der Sicherheitsleistung wird auf

10.000,00 Euro
(in Worten zehntausend Euro)

festgelegt.

Für den Fall, dass die Hinterlegung einer Bankbürgschaft vorgesehen ist, muss diese unbedingt, unbefristet, unwiderruflich und unter Verzicht auf die Einrede der Vorausklage erteilt sein.

2. Die Zulassung des Sonderbetriebsplanes ist unbefristet und an die Zulassung eines gültigen Hauptbetriebsplanes gebunden.

3. Vor der Inbetriebnahme des Schwimmgreiferbaggers und der schwimmenden Bandanlage hat eine Prüfung durch einen Sachverständigen zu erfolgen. Das Ergebnis ist zu dokumentieren und dem LAGB vorzulegen.

Gehört z. Verfügung

Halle, den: / Tgb.-Nummer

19. 12. 06

1 5 2 6 1 / 2 0 0 6

Anlage 2Hinweise

1. Die Zulassung gilt nur für die im Betriebsplan aufgeführten Arbeiten und Maßnahmen, sofern durch die vorstehenden Nebenbestimmungen nichts Einschränkendes verfügt wurde. Änderungen bzw. Ergänzungen des Betriebsplanes sind dem LAGB vor Beginn der vorgesehenen Maßnahmen rechtzeitig zur Zulassung einzureichen. Der Unternehmer hat sicherzustellen, dass für die im Rahmen der bergbaulichen Arbeiten in Anspruch genommenen Grundstücke Eigentums- bzw. Nutzungsrechte durch das Unternehmen erworben wurden. Beeinträchtigungen angrenzender Grundstücke Dritter sind auszuschließen.
2. Alle Betriebsanlagen und Betriebseinrichtungen sind nach den bergrechtlichen Bestimmungen und sonstigen Arbeitsschutzvorschriften zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten. Es gilt die Allgemeine Bundesbergverordnung (ABBergV). Auf dieser Grundlage ist ein Sicherheits- und Gesundheitsschutzdokument zu erarbeiten. Dieses Dokument hat im Betrieb vorzuliegen ist entsprechend dem Sonderbetriebsplan zu ergänzen und ist auf Verlangen dem LAGB vorzulegen.
3. Die Durchführung der im Betriebsplan aufgeführten Arbeiten und der damit verbundene Betrieb von Anlagen und Geräten hat so zu erfolgen, dass schädliche Umwelteinwirkungen verhindert werden, die nach Stand der Technik vermeidbar sind. Nach dem Stand der Technik unvermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen sind auf ein Mindestmaß zu beschränken.
4. Die vom Hersteller der Techniken vorgegebenen Prüf Fristen/Durchsichten sind einzuhalten. Nachweise und Protokolle darüber sind aufzubewahren und auf Verlangen vorzulegen.
5. Vor der Inbetriebnahme hat gemäß § 30 der Elektro-Bergverordnung eine Prüfung zu erfolgen.

Gehört z. Verfügung

Halic, den: / Tgb.-Nummer

19. 12. 06

1 5 2 6 1 / 2 0 0 6



Regierungspräsidium Magdeburg • PSF 1960 • 19009 Magdeburg
mit Postzustellungsurkunde

Kies- und Sandgewinnung
Kalbe/Milde GmbH
Gartenstr.

39625 Kalbe/Milde

Bearbeitet von Fr. Hoffmann

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
15.11.93

(Bitte bei Antwort angeben)
Mein Zeichen
55.32-62025-045-93

☎ (03 91) 5 67-
2573

Magdeburg,

10. Mai 1994

Plangenehmigung

zur Herstellung eines Baggersees
durch Entnahme von Kiesen und Sanden in der Gemarkung Bühne

Vollzug des Wassergesetzes für das Land Sachsen-Anhalt
(WG LSA) vom 31. August 1993

Das Regierungspräsidium Magdeburg erteilt folgende Plangenehmigung:

- I. Der Plan der Fa. KSG Kalbe/Milde GmbH vom 15.11.93 für die Herstellung eines Baggersees wird mit den in der Nr. II genannten Unterlagen sowie nach Maßgabe der Nr. IV genehmigt.
- II. Der genehmigte Plan umfaßt mit Genehmigungsvermerk des Regierungspräsidiums Magdeburg folgende Unterlagen:
 1. Antrag auf Plangenehmigung vom 15.11.93 mit Erläuterungsbericht
Die beantragte Fläche beträgt 6,4 ha.
 2. Übersichtskarten M 1 : 25.000
 3. Flurkartenauszug M 1 : 2.000
 4. Geologische Schnitte N-S und NW-SE
 5. Hydrogeologische Aussagen
 6. Hydroisohypsenplan M 1 : 2.000
 7. Rekultivierungsplan M 1 : 2.000

Dienstgebäude,
Olvenstedter Straße 1-2
39108 Magdeburg

Großkundenadresse:
Regierungspräsidium
39088 Magdeburg

Telefon:
(03 91) 5 67 02
Telex:
8211

Telefax:
(03 91) 5 67 26 95

Überweisungen an:
Regierungsbezirkskasse Magdeburg
LZB Magdeburg (BLZ 810 000 00)
Konto-Nr. 81 001 525

III. Die Kosten des Verfahrens hat der Antragsteller zu tragen. Der Kostenfestsetzungsbescheid wird gesondert zugestellt.

IV. Die Genehmigung wird mit folgenden Nebenbestimmungen gewährt:

1. Bedingungen:

Diese Genehmigung erlischt, wenn nicht innerhalb von 2 Jahren nach Zustellung des Bescheides mit dem Ausbau begonnen wird.

2. Auflagen:

2.1. Der Unternehmer hat vor Beginn des Abbaus die auszubeutende Fläche so abzustecken, daß die einzuhaltenden Grenzabstände und die Abbaufäche in der Natur erkennbar sind. Die Markierungen dürfen erst entfernt werden, wenn der Ausbau beendet ist.

2.2. Für die Durchführung der Ausbaumaßnahme ist ein Verantwortlicher zu bestellen, der vor Ausbaubeginn dem Regierungspräsidium Magdeburg schriftlich zu benennen ist. Dieser ist dafür verantwortlich, daß die gesamten Maßnahmen plan-, sach- und bedingungsgemäß nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen ausgeführt werden.

2.3. Der Unternehmer hat rechtzeitig vor Baubeginn im An- und Abstrombereich des Vorhabens Grundwasserbeobachtungsrohre (GWBR) zu errichten.

Die Grundwasserstände sind jeweils am 15. des Monats zu kontrollieren. Die Meßergebnisse sind zu dokumentieren und der technischen Fachbehörde (Staatliches Amt für Umweltschutz Magdeburg, Otto-von-Guericke-Str. 5, 39104 Magdeburg/STAU MD) unaufgefordert jährlich zu übergeben.

Konkrete Abstimmungen zur Errichtung der Meßstellen und Standortwahl sind mit dem STAU Magdeburg zu treffen.

2.4. Der Grundwasserspiegel auf dem Abbaugelände darf nicht künstlich abgesenkt werden.

Eine Grundwasserabsenkung darf auch nicht zum Ausgleich der natürlichen Grundwasserschwankungen vorgenommen werden.

2.5. Während des Abbaus darf das Grundwasser nicht durch Treibstoffe und Öle von Fahrzeugen usw. oder durch sonstige wassergefährdende Stoffe verunreinigt werden.

Für Anlagen zum Lagern, Abfüllen und Verwenden wassergefährdender Stoffe, die im Rahmen des bergrechtlichen Betriebsplanes errichtet und betrieben werden, ist die Eigenschaftsfeststellung gem. § 164 WG LSA bei der Bergbehörde zu beantragen.

- 2.6. Außer Boden darf nicht in das Gewässer eingelagert werden. Dieser ist im Bereich der Entnahmestelle sorgfältig abzuheben, seitlich zu lagern und Zug um Zug bereits während der Materialentnahme auf die endgültig verbleibenden und vorschriftsmäßig abgebochten Ufer abzudecken.
- 2.7. Beim Abbau sind mindestens fünf Meter breite Gewässerschonstreifen unausgebeutet und durch den Abbau nicht nachhaltig beeinträchtigt, stehen zu lassen.
- 2.8. Der an der Abbaustelle entstehende Baggersee muß, unabhängig von der späteren Nutzung landschafts- und naturschutzgerecht gestaltet und in die Umgebung eingebunden werden. Scharfe Winkel und lange Geraden sind bei der Ausbildung der Abbaufäche zu vermeiden. ✓
- 2.9. Die Uferböschungen sind unter Einhaltung von Richtvorschriften lt. ABAO 122/1 Bergbausicherheit im Bergbau über Tage vom 5. Oktober 1973 (GBl. Sonderdruck Nr. 768) anzulegen.
- 2.10. Das Betriebsgelände ist so ausreichend zu sichern, daß wassergefährdende Stoffe auch durch Unbefugte nicht eingelagert werden können. Es ist ebenfalls zu sichern, daß keine Ablagerungen von Siedlungsmüll, Bauschutt, Fäkalien, landwirtschaftlichen Abprodukten, organischen, mineralischen und industriellen Abprodukten vorgenommen werden können.
- 2.11. Das Gewässer ist so herzustellen bzw. zu nutzen, daß keine Schädigung bzw. Beeinträchtigung der Benutzung der Nachbargrundstücke (z.B. durch Bodenaushub oder Vorflutbehinderung) eintreten kann.
- 2.12. Mit der zur Anwendung kommenden Abbautechnologie ist zu garantieren, daß Verunreinigungen von Gewässern nicht zu besorgen sind.
- 2.13. Der Unternehmer hat den Bediensteten der Wasserbehörde (Regierungspräsidium Magdeburg) und der für die Überwachung der Meßstellen betrauten Behörde, STAU MD, jederzeit den Zutritt zu den Grundstücken und Anlagen zu gewähren.
- 2.14. Die Unterhaltung des Baggersees obliegt dem Unternehmer des Kiesabbaubetriebes.

Gründe:

Die Fa.KSG Kalbe/Milde hat im Rahmen des bergrechtlichen Antragsverfahrens mit Schreiben vom 15.11.93 einen Antrag auf Plangenehmigung zur Herstellung eines Baggersees durch Entnahme von Kiesen und Sanden gestellt.

Bei der vom Antragsteller geplanten Maßnahme handelt es sich um einen Gewässer Ausbau nach § 120, Abs. 1 WG LSA.

Ein Ausbau i. S. § 120 WG LSA bedarf der vorherigen Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens (§ 120, Abs. 1 S. 1 WG LSA) oder der Plangenehmigung (§ 120, Abs. 1, S. 2 WG LSA), wenn nach öffentlicher Bekanntmachung festgestellt wurde, daß mit Einwendungen nicht zu rechnen ist.

Bei beantragtem Kiesabbau der Fa.KSG Kalbe/Milde konnte anstelle eines Planfeststellungsbeschlusses eine Plangenehmigung erteilt werden, da nach öffentlicher Bekanntmachung gem. §§ 72 und 73 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Sachsen-Anhalt (VwVfG LSA) vom 18. August 1993 in der Gemeindeverwaltung Bühlke keine Einwände erhoben wurden und mit Trägern öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche berührt werden, das Benehmen hergestellt worden ist.

Die Zuständigkeit für diese Genehmigung ergibt sich aus der Verordnung über die vorläufige Wahrnehmung der Aufgaben des wasserrechtlichen Vollzuges vom 24. Mai 1991 (GVBl. LSA Nr. 11/1991 S. 99) geändert durch die Verordnung vom 12. November 1991 (GVBl. LSA Nr. 37/1991 S. 432).

Die erteilten Auflagen sind nach §§ 121, 123 Abs. 2 WG LSA begründet.

Sie sind zur Wahrung des Wohles der Allgemeinheit und zur Gewährleistung der natürlichen Entwicklung und Verbesserung des Selbstreinigungsvermögens des Gewässers notwendig und zulässig.

Gemäß § 1 (1) Verwaltungskostengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (VwKostG LSA) vom 27. Juni 1991 und § 1 (1) der Allgemeinen Gebührenordnung des Landes Sachsen-Anhalt (AllGO LSA) vom 25. März 1992 wird für die Plangenehmigung eine Gebühr erhoben.

Die Höhe der Kosten ergibt sich aus dem Ihnen gesondert zugehenden Kostenfestsetzungsbescheid.

Hinweise:

Die Plangenehmigung hat keine Konzentrationswirkung. Dies bedeutet, daß sie andere über das Wasserrecht hinausgehende behördliche Entscheidungen nicht umfaßt. Sie schließt insbesondere die Zulassung des Hauptbetriebsplanes nach dem Bundesberggesetz (BBergG) nicht ein.

Für die Genehmigung dieses aktiven Gewinnungsrechts ist das Bergamt Staßfurt zuständig.

Ändern sich die der Genehmigung zugrunde liegenden Voraussetzungen, so behält sich die Genehmigungsbehörde vor, die Genehmigung oder die Auflagen, Bedingungen, Fristen oder Sicherheiten den geänderten Verhältnissen anzupassen.

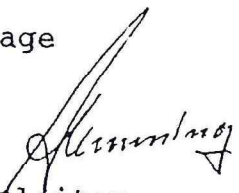
Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Genehmigung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Regierungspräsidium Magdeburg, Olvenstedter Str. 1-2, 39108 Magdeburg, einzulegen

Im Auftrage

Henning

Dezernatsleiter



LageriB

für das Bergwerksfeld: Bühne

Bodenschatz/Bodenschätze:

Kiese und Kiessande zur Herstellung
von Betonzuschlagstoffen

Land:

Bezirk/Regierungsbezirk: Magdeburg

Koordinaten der Feldeseckpunkte		
Eckpunkte	R	H
1	44 56500	58 39540
2	44 56590	58 39650
3	44 57070	58 39790
4	44 57240	58 39110
5	44 56840	58 39120

Flächeninhalt des Feldes: 374 433 m²

Maßstab: 1 : 25 000

Angefertigt: Berlin, September 1990

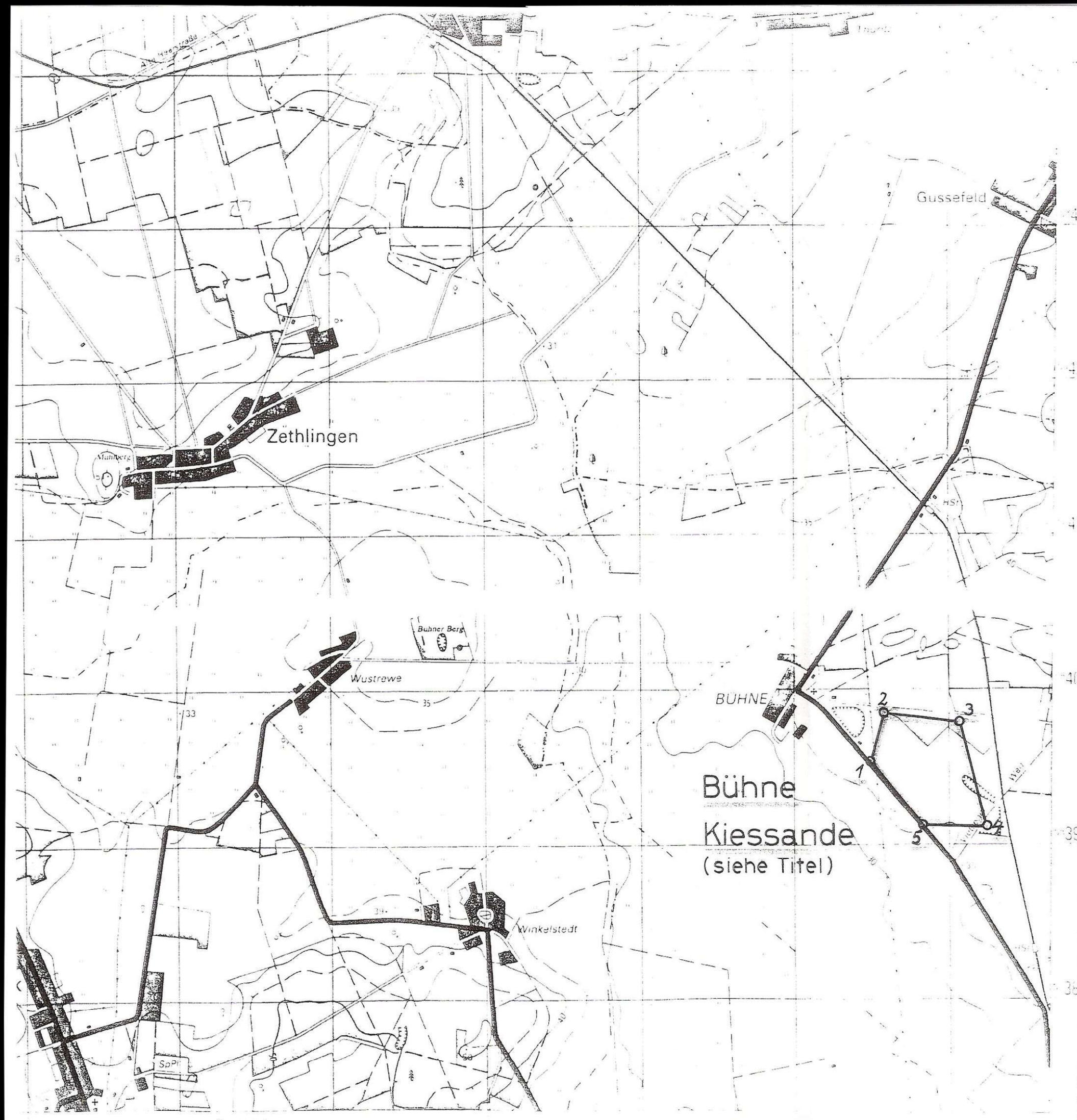
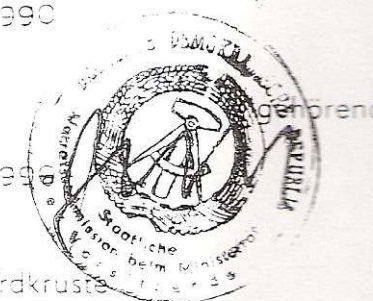
durch: *V. Meyer*
von der Staatlichen Vorratskommission
bestimmter Vermessungsingenieur

Zur Verleihung des Bergwerkseigentums

vom: 24. September 1990

Nr. 378/90/211

Berlin, 24. September 1990

Staatliche Vorratskommission
für nutzbare Ressourcen der Erdkruste

Anlage 2.4

Erkundungsbericht 1981

4 - Bl. 10

Anlage 1 B

Bühne

Lgst. Nr 0708-2-0084-1

Vahrholz

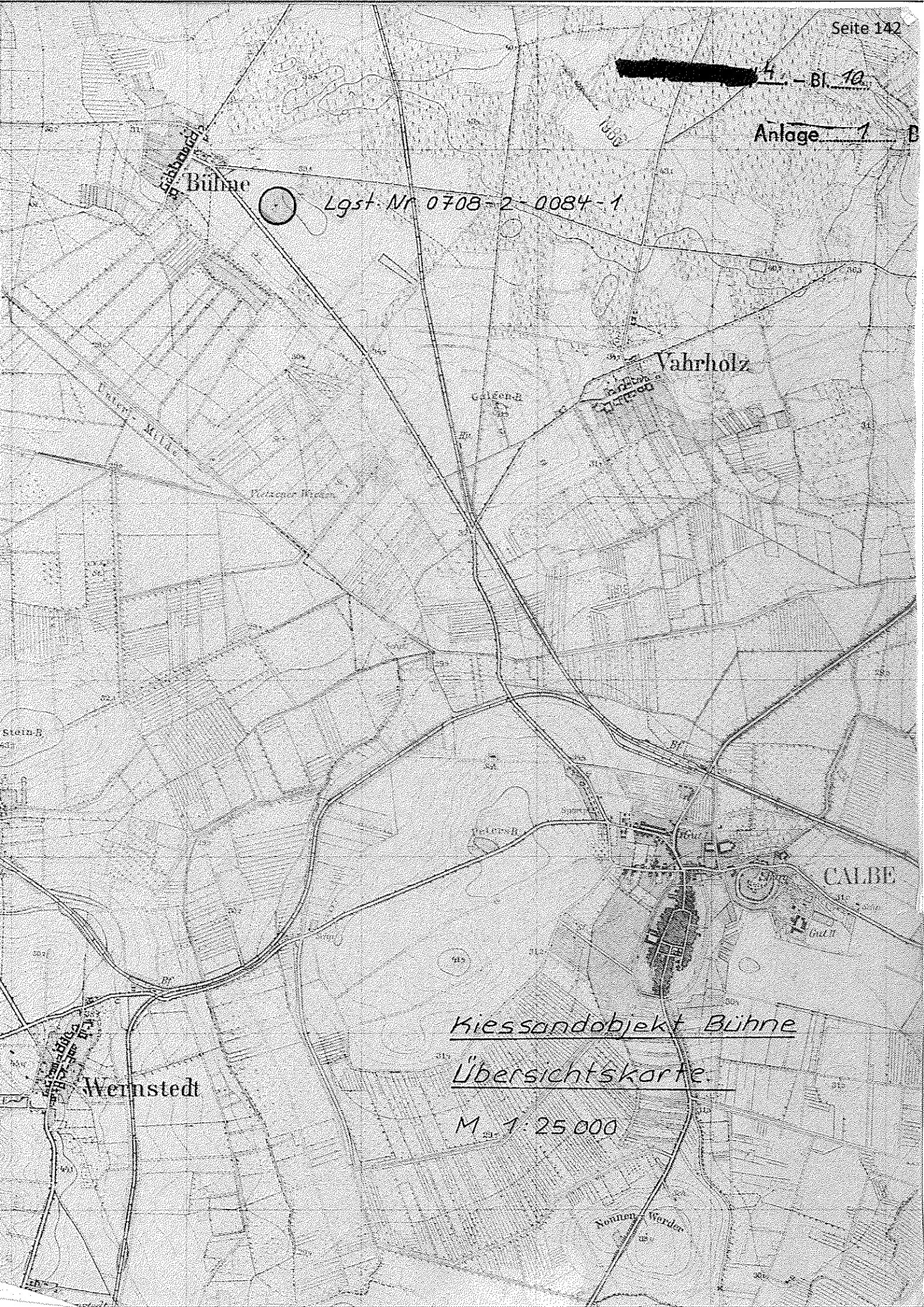
CALBE

Wernstedt

Kiessandobjekt Bühne

Übersichtskarte.

M 1:25 000



Kiessandobjekt Bühne

Anlage 2 Lageplan der Bohrungen,
der Profillinien,
Anlage 6 Lageplan des Lagerstättenumrisses

BEARBEITET

RAT DES BEZIRKES MAGDEBURG
ABTEILUNG GEOLOGIE

Dipl.-Ing. oec. C. Paul

Stand der Bearbeitung: Febr. 81

Zeichn.-Nr. SZ 2 214-81

Legende

- A — A' Profillinien
 — innerer Lagerstättenumriß
 — äußerer Lagerstättenumriß
 — Abgrenzung des organ. verunreinigten Kieles
 ⊙ 13/79 Bohrpunkt
 36,4 Höhen ü NN (m)

Ortslage

VdGB BHG Kalbe (Milde)

Lage- u. Höhenplan
 Kiessandlagebau
 Bühne
 Vorfelderkundung

Höhenbezug NN

Stand: August 1979

gemessen
 von
 C. Paul

